

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

62 (15.3.1921)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einsech 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Lagen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 — ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatlich Einzelrempel 25 A

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Kurfürst 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491

Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.— M. Die 8spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Neue Belegungen

W. Frankfurt a. M., 14. März. Der Bahnhof in Nibelheim ist vorgestern von 2 Offizieren und 8 Mann (Franzosen) zur Kontrolle wieder besetzt worden, nachdem er vor einiger Zeit von den Franzosen stillschweigend geräumt worden war.

Berlin, 14. März. Blättermeldungen aus Duisburg zufolge erschien am Samstag nachmittags ein belgischer Offizier auf dem Rathaus in Hamburg und erklärte, daß Hamburg als besetzt gelte. Es wurde darauf der Belagerungszustand über Hamburg erklärt. Truppen werden jedoch nicht in die Stadt geleitet werden.

W. Düsseldorf, 14. März. Ueber Düsseldorf werden in der letzten Zeit in auswärtigen Zeitungen Meldungen verbreitet, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Alle Nachrichten über schwere Zusammenstöße von Angehörigen der Sicherheitspolizei mit Ententeoffizieren sind erfunden. Es ist nicht wahr, daß ein französischer Offizier von einem Sipo-Offizier erschossen wurde, und ebensowenig ist es zu Schlägereien zwischen Sicherheitsleuten und französischen Truppen gekommen. Zutreffend ist allerdings, daß ein Sipo-Offizier mit 3000 M. Geldstrafe belegt wurde, weil seine Leute einen Besatzungsbeamten nicht grüßten.

Ein Streikverbot im neu besetzten Gebiet

W. Düsseldorf, 14. März. Bei ihrem Einmarsch in Düsseldorf haben die Alliierten eine Bekanntmachung angehängt, in der es in der deutschen Uebersetzung heißt: „§ 2. Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Ordnung darf unter keine Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden sowie die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Jede Verhinderung von Material ist strengstens untersagt. Kein Streik wird geduldet.“ Interessant ist es, daß der deutsche Text ein vollkommenes Streikverbot enthält, während im französischen nichts davon geschrieben steht. Es ist anzunehmen, daß diese Unterlassung nicht unabsichtlich erfolgt ist. Offenbar wollen die Alliierten ihre eigene Arbeiterschaft und derjenigen der neutralen Länder diesen schwerwiegenden Eingriff in die Arbeiterrechte verheimlichen.

Protest an den Völkerverbund

W. Paris, 14. März. Die deutsche Regierung hat an das Sekretariat des Völkerverbundes wegen der von den Alliierten in Kraft gesetzten Sanktionen einen Protest gerichtet.

Die Erkenntnis wächst

W. London, 14. März. Der maßgebendste und bestunterrichtete Journalist Englands, G. Harbin, schreibt heute im „Observer“ über die wirtschaftlichen Sanktionen: Nichts, was dieses Gesetz in die Taschen unserer Regierung einbringen kann, kann uns für den Schaden, den unser Handel dadurch erleiden wird, entschädigen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einem Ueberschneitommen sind durch diese Fehler ungeheuer gemacht. Die Regierung der deutschen Republik sucht Ausfuhr und Handel zu fördern, der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeigt schon ein bemerkenswertes Anwachsen. Für Deutschland und die neutralen Länder wird es von größtem Interesse sein, Handel und Schiffahrt von England abzulenken und in Amerikas Interesse wird es sein, diese Bestrebungen zu unterstützen. Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß unsere Wohlstand jetzt nicht weniger, sondern mehr gefährdet ist als vor dem Kriege. Die früheren Sympathien der Neutralen für England sind nun genügend abgeklüht.

Neue Sachverständigen-Konferenz

W. Berlin, 14. März. Wie die V. z. A. M. erfährt, ist die Sachverständigenkonferenz, die an den Arbeiten für London teilgenommen hatten, erneut zu einer Sitzung auf Freitag, den 18. März einberufen worden. Die Sachverständigen haben das Interesse und das Bedürfnis, sich über die Erklärungen der Regierung im Reichstag auszusprechen und es liegt nahe anzunehmen, daß dabei die künftige Verteilung von Sachverständigen an der Ausarbeitung einiger neuer Vorschläge an die Entente erörtert werden wird. Mit allem Nachdruck ist aber zu betonen, daß es unzulässig, wie dies auch Minister Simons in seiner Rede ausgeführt hat, von der Uebersetzung deutscher Vorschläge nicht die Rede ist.

Das Lohn- und Ueberschichtabkommen der Bergarbeiter

W. Essen, 14. März. Den in Dortmund unter dem Vorhau des Professors Brante gefällten Schiedsspruch wegen des Lohn- und Ueberschichtabkommens im Bergbau hat der Alte Bergarbeiterverband in einer gestern in Bochum abgehaltenen Konferenz mit allen Stimmen abgelehnt, ebenso der Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter. Dagegen hat die Polnische Berufsvereinigung in einer in Wanne abgehaltenen Versammlung dem Schiedsspruch zugestimmt, ebenso der Gewerkschaftsverband der Bergarbeiter mit 685 gegen 15 Stimmen.

Die Schweiz und die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen

W. Genf, 15. März. Ganz ungesunde Erregung herrscht in allen Industriekreisen der Schweiz über die bevorstehende neue Ententekontrolle. Man befürchtet Ueberwindung durch die sog. S. S. S., Forderung von Umlaufdokumenten für Waren, Kontrolle der Wäcker. Selbst die Genfer „Suisse“ schreibt, eine derartige Kontrolle werde man nicht mit stiller Ruhe, wie während des Krieges hinnehmen. In der deutschen Schweiz herrscht eine geradezu panikartige Stimmung, die noch durch Mobilisationsgerüchte verstärkt wurde. Die Wäcker fordern das Vorgehen aller Neutralen.

Nationalistischer Wahlsieg in Paris

W. Paris, 14. März. Bei den gestrigen Stichwahlen in zwei Wahlbezirken von Paris fügten die Kandidaten des

nationalen Blochs Le Corbieller und Bonnet mit rund 70 000 Stimmen gegen die beiden Kommunisten, die rund 58 000 Stimmen erhielten. Es handelte sich um Ersatzwahlen für den Präsidenten der Republik Millerand und den rechtsstehenden Sozialisten Laucher.

Landtagswahlen in Mecklenburg

W. Berlin, 14. März. Die Landtagswahlen hatten folgendes Ergebnis: Deutschnationale 58 797 Stimmen, 12 Abgeordnete (bisher 14 Abgeordnete); Deutsche Volkspartei 51 653 Stimmen, 10 Abgeordnete (bisher 10); Volkbund 14 058 Stimmen, 3 Abgeordnete (bisher keine); Wirtschaftspartei 9535 Stimmen, 2 Abgeordnete (bisher 4); Demokraten 11 900 Stimmen, 2 Abgeordnete (bisher 4); Sozialdemokraten 11 105 Stimmen, 22 Abgeordnete (bisher 24 Abg.); Unabhängige 2008 Stimmen, 1 Abgeordneter (bisher keinen) und Kommunisten 13 325 Stimmen, 3 Abgeordnete (bisher 5).

Auf der Fahrt nach Obereschlesien

W. Breslau, 14. März. Von der Zentralstelle für die technische Durchführung der obereschlesischen Abtretung wird mitgeteilt, daß bis zum 14. März ebenfalls die Transportbewegung völlig normal und ohne Zwischenfälle verlaufen ist. Die Abtretungsberechtigten wurden gestern vom Oberpräsidenten von Niederschlesien und heute vom Oberpräsidenten für Oberschlesien begrüßt. Dabei kam es zu nachvollzogenen Kundgebungen für das Deutschtum.

Der neue Silber-Prozess

W. Berlin, 14. März. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts 3 begann heute die neue Verhandlung gegen den Oberleutnant der Reserve Hans Miller wegen der Vorkommnisse in den Karpathen, bei denen der Kriegsfreiwillige Helmhaf den Tod gefunden hat. Der Prozess, der bereits das Kriegsgericht, das Oberkriegsgericht und das Reichsmilitärgericht beschäftigt hat, war Mitte Februar wegen des Ausbleibens des Zeugen Kreisarzt Dr. Nowak, vertagt worden. In Beginn der heutigen Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, daß Dr. Nowak an seinem damaligen Ausbleiben kein Verschulden treffe.

Industriekongress in Wien

W. Wien, 14. März. Gestern wurde hier eine Versammlung von Antikemisten abgehalten. Nach deren Schluß kam es zu Ausschreitungen. Bei einer Reihe von Geschäften wurden die Fensterscheiben eingeschlagen, aus den Trambahnen wurden Leute erschossen, die für Juden gehalten wurden, und mißhandelt. Frauen und Mädchen wurden beschimpft. Auf dem Bahnhof wurden die Wagenfenster zertrümmert und Leute, die man für Juden hielt, mit Stockschlägen behandelt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Dynamitenschlag in Berlin

W. Berlin, 14. März. Wie die Sachverständigen, die den Inhalt des Sprengstoffes untersucht haben, dem „Völkerverbund“ mitteilen, wäre bei einer Explosion nicht nur die Siegesfäule vollständig zertrümmert worden, sondern auch das Eisenbahnnetz, das Kraftliche Stadtbahnnetz und der auf dem Hauptbahnhof hinausgehende Ringel des Reichstagsgebäudes wäre demoliert worden. Hunderte von Menschen, die bei dem schönen Wetter um die Siegesfäule herumstanden, wären ums Leben gekommen.

Siedelungsabund

W. Berlin, 15. März. Es befindet sich, daß der dem Landesverwaltungsamt zugehörige obereschlesische Grundbesitz sich unmittelbar nach der erst kürzlich erfolgten Genehmigung durch die internationalisierte Kommission gebildet hat, außer den bereits zur Aufteilung gegebenen ca. 240 000 Morgen noch weitere 148 000 Morgen für Siedelungszwecke bereitgestellt hat. Die Verhandlungen über wesentliche weitere Abgaben von Land werden zur Zeit noch geführt. In den genannten Siedern ist nicht unbegründet der in Obereschlesien so ausgedehnte landwirtschaftliche Domanenbesitz, über dessen Aufteilung der preussische Landwirtschaftsminister Kraus sich bereits vor kurzem ebenfalls in entgegenkommender Weise geäußert hat.

Die Weren in Anshand

W. Kopenhagen, 14. März. Nach Telegrammen aus Helsingfors ist der vierte Jahrestag der Revolution, der 12. März, in Petersburg ruhig verlaufen. Die Arbeit wurde überall eingestellt und in den Straßen durch Patrouillen die Ordnung aufrecht erhalten. Die letzten Lebensmittelvorräte wurden in diesen Tagen in Petersburg verteilt. Es besteht keine Aussicht auf neue Zufuhren.

W. Kopenhagen, 14. März. Berlingske Tidende meldet aus Helsingfors: Sonntag morgen wurde der Artilleriekampf zwischen Kronstadt und Petersburg wieder aufgenommen. Die militärische Lage ist unverändert und es besteht keine tatsächliche Grundlage für die von der Sowjetregierung verbreitete Meldung, daß die Lage eine für die bolschewistischen Truppen günstige Wendung genommen habe. Die bolschewistischen Zeitungen veröffentlichen eine Rede, die Lenin auf dem letzten Volkskongress in Moskau gehalten hat. Lenin gab zu, daß sich überall in Anshand eine Bewegung gegen die Diktatur des Bolschewismus zeigte.

W. St. Petersburg, 14. März. Aftenbladet meldet aus Moskau: In dem Raume von Smolensk-Nischolsk-Roskowsk sind starke Truppenkonzentrationen, wenigstens 18-20 Divisionen umfassend, verortet. Unter ihnen befinden sich weißrussische und polnische sowie Truppenformationen, die teils für Kriegszwecke, teils für Propagandazwecke ausgesendet worden sind. Diese Truppen sind mit schwerer und leichter Artillerie reichlich versehen und verfügen über gut ausgebildete Piloten. Südlich dieser Front sind im Raume von Kolosk-Kawallerietruppen in Stärke von 6-8 Divisionen vorgeschoben worden, die einen Vorstoß gegen Wlana unternehmen sollen. Jede Kavallerieformation ist mit leichtem Artillerie ausgerüstet.

Preußen ohne Regierung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Während die Truppen der Entente einen weiteren Teil preussischen Landes im Westen besetzt haben, steht Preußen vor der Tatsache, daß es zeitweilig ohne Regierung ist. Die interfraktionellen Besprechungen haben, wie schon bekannt geworden, zu keinem Ergebnis geführt. Die stärkste Fraktion des preussischen Landtags, die sozialdemokratische, hat von vornherein erklärt, daß sie einer Erweiterung der bisherigen Regierungskoalition nach rechts hin ablehnend gegenüberstehe, und daß ein Zusammenarbeiten zwischen ihr und der Deutschen Volkspartei nicht möglich sei. Umgekehrt hat das Zentrum erklärt, daß es ohne Teilnahme der Stinnespartei die alte Koalition nicht mehr aufrecht erhalten wolle. Vermittlungsversuche der Demokraten mußten scheitern und es blieb nur das Provisorium übrig, daß man die gegenwärtige Regierung vorläufig im Amte läßt, um nach Ostern aufs neue zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Bis dahin behalten die einzelnen Parteien freie Hand zur Unterhandlung mit anderen Parteien.

Man muß also damit rechnen, daß unter Umständen binnen kurzem die Sozialdemokratie auch aus der preussischen Regierung ausscheiden und damit in Oppositionsstellung treten wird. Im Zentrum kreiten sich bisher augenscheinlich zwei verschiedene Richtungen miteinander. Während die Berliner „Germania“, von der man sagt, daß Erzberger zu ihren ständigen Mitarbeitern gehöre, aus Anlaß der Heimkehr Simons scharf Stellung gegen die Partei des Herrn Stinnes nimmt, haben in der Landtagsfraktion augenscheinlich die Konservativen Elemente, die im Zentrum immer eine starke Rolle gespielt haben, über die mehr demokratisch gerichtete den Sieg davongetragen. Beharrt das Zentrum auf seiner Weigerung, die alte Koalition weiterbestehen zu lassen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als daß das Zentrum mit der Volkspartei und den Demokraten vielleicht gar unter Einfluß der Deutschnationalen eine Regierung des bürgerlichen Blochs bilden.

Man hat schon davon gesprochen, daß der alte Geheimrat Borch, einer der Säulen des Dreiklassenparlamentes, zum Ministerpräsidenten auszuwählen sei. Die Deutschnationalen fühlen ihre Stunde gekommen und haben sich in aller Form, sowohl im Reich als in Preußen, zur Teilnahme an der Regierungsbildung bereit erklärt. Ohne die Deutschnationalen würde aber die Koalition von den Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei keine Mehrheit im Landtag haben und da eine Regierung, die sich auf eine solche Minderheit stützt, auch nicht auf die wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie rechnen könnte, so wäre ihr sicher kein langes Leben beschieden. Mit dieser Möglichkeit rechnen auch die Männer des Herrn Gerat und halten sich aus diesem Grunde für unentbehrlich.

Noch sind die Brücken nicht sämtlich abgebrochen. Es besteht vielmehr noch ein, wenn auch loser Kontakt zwischen den alten Koalitionsparteien. Berliner Blätter lassen sich am Donnerstag melden, daß innerhalb des Zentrums eine entschiedene Ablehnung der Heranziehung Deutschnationaler zur Regierungsbildung sich geltend gemacht habe, und daß andererseits innerhalb der Deutschen Volkspartei zwei Strömungen miteinander ringen, von denen die eine erklärt, man dürfe nicht ohne die Brüder von ganz rechts in die Regierung eintreten, während die andere überhaupt für das Fernbleiben aus jeder Regierung plädiert. Ob diese Meldungen den Tatsachen entsprechen, kann dahingestellt bleiben. Praktisch läge nur in Frage, daß die Beteiligung der Deutschen Volkspartei ohne die Deutschnationalen keine tragfähige Regierungsbasis bilden kann. Und wenn auch das Zentrum eine große Liebe für die Deutsche Volkspartei an den Tag legt, so ist doch anzunehmen, daß es angesichts der demokratischen Elemente in seinen Reihen vor dem letzten Schritt zurückbleibt, auch die alten Konservativen zur Regierungsbildung heranzuziehen. Schon die Rücksicht auf die außenpolitische Wirkung wird sich hemmend bemerkbar machen.

Jedenfalls steht der Landtag einem längeren Interregnum gegenüber und unsere Parteigenossen müssen immerhin mit der Möglichkeit rechnen, daß binnen kurzem die Sozialdemokratie wieder aus der Regierung, zur Oppositionspartei wird. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Wechsel nicht ohne Fernwirkung auch in der Verwaltung der Kreise und Provinzen bleiben würde. Schon jetzt herrscht es äußerst peinlich, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die seit Wochen vorgenommenen Wahlen zu den Magistraten der Groß-Berliner Bezirke immer noch nicht befristet hat. Die Einheitsgemeinde Groß-Berlins kann infolgedessen bis heute immer noch nicht in Funktion treten. Neben dem bestätigten Magistrat der Gesamtgemeinde bestehen immer noch die Verwaltungen der früheren Einzelgemeinden weiter. Mit ähnlichen Erschwerungen der Selbstverwaltung ist sicher zu rechnen, sobald die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschieden ist. Die Lage ist also keineswegs einfach. Aber unsere Parteigenossen sowohl als unsere Gegner wissen, daß die Opposition einer

10 starken parlamentarischen Gruppe, die allein in Preußen über vier Millionen Wähler hinter sich hat, eine nicht geringe zu schätzende Kraft darstellt. Selbst wenn eine bürgerliche Regierung zustande käme — nicht zuletzt wegen des völligen Versagens der Unabhängigen — so würde der Versuch, mit Nadelstichen gegen die Arbeiterbewegung zu operieren, sehr bald auf die Regierung selbst zurückfallen. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor bereit, in der alten Koalition sich an der Regierung zu beteiligen. Aber sie ist ebenso sehr bereit und in der Lage, einer rein bürgerlichen gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Regierung mit allen Mitteln der Opposition zu begegnen.

Verteidigungsreden

Die große Rede, mit der Minister Dr. Simons am Samstag die politische Aussprache im Reichstage einleitete, stellt sich dar, als ein Rechenschaftsbericht der deutschen Delegation und gleichzeitig als eine Verteidigungsrede gegenüber Angriffen, die Simons als Führer der Delegation erleben mußte. Trotzdem die Verhandlungen im auswärtigen Ansätze des Reichstags für vertraulich erklärt wurden, sind durch Indiskretionen bürgerlicher Blätter allerhand Einzelheiten aus ihnen bekannt geworden. Die wichtigste und politisch bedeutungsvollste dieser Einzelheiten aber war die, daß Hugo Stinnes einen Frontalangriff gegen die Regierung unternommen hat, in deren Reihen seine eigenen Parteimitglieder den Ton anheben. Er hatte der Regierung Ideenlosigkeit und Führerlosigkeit vorgeworfen, was aus seiner Sprache in die allgemein übliche Überbetsung, etwa den Horn darüber ausdrücken soll, daß nicht er selber wie in der Wirtschaft, so auch in der Politik höchst eigenhändig die Marschroute bestimmen darf. Der Angriff ist insofern vorbeigeklungen, als das Kabinett und schließlich auch die Regierungsparteien in ihrer Mehrheit dem Minister ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Wenn Dr. Simons jetzt in breitausgesponnener Weise sich gegen Mißdeutungen seines Londoner Verhaltens verteidigt, so richtet sich diese Abwehr nicht zuletzt gegen die Stinneskritik, die ihm Mangel an Force zum Vorwurf macht. Im allgemeinen sucht der Bericht Simons durch fast übermäßige Sachlichkeit zu wirken. Die Redensarten von Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Sittlichkeit und dergleichen schönen Dingen, die den französischen und englischen Rednern leicht von den Lippen fließen, liegen deutschen Sprechern im allgemeinen nicht.

Gegenüber den chauvinistischen Reibereien, die sich jetzt wieder in Deutschland bemerkbar machen, betonte Simons in einem Satze, der wert ist, von allen besonders beachtet zu werden: „Wenn man in London mit diesen Herren Auge in Auge verkehrt, wenn man von ihnen hört, wie es bei ihnen aussieht, muß man doch sagen, daß ihre Forderungen nicht bloß das Ergebnis eines Taumels des Sieges oder der Machtgier sind, sondern im Gegenteil das Ergebnis außerordentlich schwerwiegender Sorgen und Nöte bei der Gegenseite.“ Es war bezeichnend, daß diese wichtigen Sätze auf der rechten Seite des Hauses große Kuriosität und Widerspruch hervorriefen.

Besonders peinlich berührte deswegen auf der rechten Seite die Versicherung Simons, daß die Reichsregierung nicht daran denken könne und wolle, nach der Vertragsverletzung durch die Entente nun ihrerseits den Vertrag von Versailles als erledigt zu erklären. „Man soll“, sagte der Minister unter dem Widerspruch der Rechten, „nicht Böses mit Bösem vergelten, denn die Lage in der Welt sei nicht so, daß wir glauben könnten, mit dem Abbruch der Beziehungen einen günstigen Eindruck zu machen. Von London aus könne man sich besser als von Berlin in der Welt umsehen und da entdeke man, wie allgemein die Meinung in der Welt sei, daß Deutschland im Unrecht sich befindet.“ Noch immer gibt es in Deutschland ungeheure weite Kreise, die nicht begreifen wollen, welche Macht die öffentliche Meinung in den Ländern mit demokratischer Tradition bedeutet, und die immer noch der Ansicht aus der Vorkriegszeit sind, es wird jahrelanger mühseliger Arbeit bedürfen, um in Auslande endlich den Glauben erziehen zu lassen, daß das

alte Deutschland des raselnden Säbels der Vergangenheit angehört. Allerdings werden, um eine solche Ueberzeugung herbeizuführen, nicht nur Reden, sondern auch Taten erforderlich sein. Vor allem muß die innere deutsche Politik so gestaltet werden, daß man die Verheerungen des Außenministers nicht als eitle Schaumbläsereien verdächtigen kann.

Provokateur Stinnes

Kürzlich hat Stinnes in Hensburg ein Schiff vom Stapel gehen und von dem ehemaligen Großadmiral Tirpitz auf dessen Namen taufen lassen. Die Werftarbeiter haben diesem Tauffest zunächst ihren Widerstand entgegengebracht, nachher aber doch den Stapellauf von Statten gehen lassen. Stinnes hat bei dieser Gelegenheit einige Tausend Arbeiter ausgesperrt. In nicht zu ferner Zeit wird also neben dem Dampfer „Hindenburg“ auch der „Tirpitz“ auf dem Ozean schwimmen und der stauenden Welt zeigen, daß in Deutschland noch Leute leben, die die schlimmsten Kriegsverbrechen und Vandalentaten so sehr verheerlichen, daß sie ihren Namen den anderen Völkern immer wieder vor Augen führen. Man wird nicht annehmen dürfen, daß dadurch in der Welt der Glaube gestärkt wird, daß die Leute von 1914, von denen Lloyd George unlängst sprach, in Deutschland abgewirtschaftet haben. Man wird vielmehr den Eindruck gewinnen, daß sie allmählich wieder ans Ruder kommen und den Beteuerungen deutscher Staatsmänner, daß mit dem alten System gebrochen und ein neuer Geist in die deutschen Adern eingeblasen sei, keinen Glauben schenken. Wenn die „Vergeltung“, das Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, richtig informiert ist, dann wird seine Majestät, der Geldmonarch Stinnes, demnächst ein neues

Schiff vom Stapel gehen lassen und es auf den Namen Eubendorff taufen lassen. Stinnes scheint also gewillt zu sein, die Werftarbeiter jetzt auch noch eventuell wieder durch eine Massenauflösung zu zwingen, bei der Eubendorff-Werherrschaft beihilflich zu sein.

Stinnes ist im Augenblick sicher einer der mächtigsten, wenn nicht der mächtigste Mann in Deutschland überhaupt. Herr Stinnes und seine Gefolgschaft haben die deutsche Arbeitererschaft oft genug provoziert. Sie mögen aber bedenken, daß auch der stärkste Gebuldsfaben einmal reißt.

Polnische Sabotage an der Abstimmung in Oberschlesien

Von der Zentralfelle für die technische Durchführung der ober-schlesischen Abstimmung wird gemeldet, daß bis zum 12. März abends die Transportbewegung störungslos und ohne Zwischenfall von Statten gegangen ist. Die Zentralfelle macht die Abstimmungsberechtigten darauf aufmerksam, daß angelegte Mitglieder der parteilichen Ausschüsse des Kreis-Königshaus verfahren, Sabotage mit den Stimmkarten der Kategorie B zu treiben. Diese Karten, die ungestempelt an die Abstimmungsberechtigten abgegeben werden, werden jetzt telegraphisch zur Abstimmung zurückgefordert, um zu erreichen, daß die Stimmberechtigten nicht mehr rechtzeitig in den Besitz der Karten gelangen. Kein Stimmberechtigter wird seine einmal erhaltene Stimmkarte zurückgeben, sondern muß mit dieser Stimmkarte abreisen und diese durch die deutsche Abstimmungsdelegation fertigmachen lassen. Nach dem Bericht der obigen Zentralfelle haben die Polen an die Mehrzahl der in Deutschland wohnenden Abstimmungsberechtigten unter der Maske eines Verwandten oder eines Freundes Briefe geschickt, in denen die Verabredung der Fahrt gewahrt und benachrichtigt werden, daß in Ober-

Wirtschaftspolitische Rundschau

Der europäische Petroleumtrust — Der Stinneskonzern in Ostpreußen — Handelsbilanz einiger Industriekonten — Das Defizit der englischen und französischen Eisenbahnen — Die Schutzpolitik in England und Amerika — Die

Die kapitalistische Entwicklung drängt weiter zu einer Konzentration der Kräfte. Schon seit einiger Zeit war in Vorkriegszeiten im Gange, einen Petroleumtrust der beiden maßgebenden deutschen Gesellschaften zustande zu bringen. Die deutsche Petroleumgesellschaft kommt nicht mehr in Frage. Unter Führung der deutschen Erdöl A.G. hat sich in der Schweiz eine Trustgesellschaft mit 210 Mill. Frank Kapital gebildet. Ferner der deutschen Gesellschaft haben Anschluß gefunden die böhmischen Unternehmungen des Herrn v. Dieblich und die einer französischen Gruppe gehörenden gallischen Petroleumquellen. Damit ist die Entwicklung des sehr finanzkräftigen Unternehmens noch nicht zum Abschluß gebracht, sondern es wird nunmehr erst die Erwerbung neuer Ausdehnungsgebiete betrieben werden. Das Unternehmen stellt sich weiter die Aufgabe, die in Ost- und Hannover befindlichen Erdölbetriebe durch Schachtelarbeiten in den Besitzungen zu erhöhen und die in einem neuen Verfahren erprobten Herstellungsverfahren von Mineralölen aus bituminöser Kohle und ölhaltigen Schiefer in großem Maßstabe auszunutzen.

Stinnes behnt sein Herrschaftsgebiet in Ostpreußen weiter aus. Nachdem er in der Papierfabrikation beträchtlichen Besitz erworben hat, ist er dazu übergegangen, die ostpreussische Maschinenbauindustrie in seinen Konzern aufzunehmen. Es dürfte hier wohl die Spekulation abwarten, bei der Breitung des russischen Marktes möglichst nahe dem Ostgebiet zu kommen.

Wie stark sich die Weltreise in der Außenhandelsbilanz der Staaten bemerkbar macht, dafür einige Zahlen aus den letzten Veröffentlichungen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug im Januar d. J. 48,9 Mill. Dollar oder 19 Mill. weniger als im Dezember. Die Einfuhr von Deutschland nach Amerika belief sich auf 4,8 Mill. Dollar oder 1 Mill. weniger als im Monat vorher. Die schweizerische Handelsbilanz ergab im Jahre 1920 in der Einfuhr 4,2 Milliarden Frank gegen 3,5 Milliarden im Jahre 1919. Die Ausfuhr erreichte 3,8 Milliarden Frank, sie weicht vom Vorjahr nicht erheblich ab.

Bei den englischen Eisenbahnen wird das Defizit für 1920 ungefähr 45 Mill. Pfund betragen und die französischen Eisenbahnen geben ihren Nettobetrag auf 2800 Mill. Frank an. Die englische Regierung müht die Situation, die durch die Wirtschaftskrise entstanden ist, zu einem Fortschritt auf dem Ge-

biet der Schutzpolitik aus. Die Arbeitslosigkeit macht ihr auch in den Kreisen die Stimmung geneigt, die bisher dem Freihandel günstig gesonnen waren. Die Vorlage, die vom Kabinett an das Unterhaus gebracht wird, will die Einfuhr einiger Waren überhaupt von der Erlaubnis abhängig machen, es soll sodann versucht werden, nach dem Stand der Balance des Auslandes den Zoll zu bemessen. In den Vereinigten Staaten sind die Kräfte für die Neuregelung des Zolltarifs gleichfalls am Werke, so daß uns auch dort ein wichtiger Markt für den Abzug unserer Waren, wenn nicht verloren geht, so doch in der Aufnahme deutscher Waren erschwert und vermindert wird.

Die bekannt gemachte des Ernährungsministerium dem Landwirt, der über 10 Hektar seines Biegeungsbesitzes an Brotgetreide und über 50 Hektar des Hafens ablieferet, eine sogenannte Maisprämie. Das heißt, der Landwirt erhält für jeden Zentner Getreide, den er über die genannte Höhe seines Biegeungsbesitzes ablieferet, einen Bezugschein für Mais und er erhält diesen Mais für 60.4 den Zentner, während der Handelspreis 160.4 beträgt. Somit wird dem Landwirt eine Prämie für einen Teil seines Getreides gewährt, die auf ungefähr 100.4 pro Zentner zu veranschlagen ist, d. h. 2000.4 für die Tonne. In etwas verfeinerter Form ist also wiederum eine Erhöhung des Preises für Brotgetreide und Hafers zur Durchführung gekommen, und zwar in einem so reichlichen Ausmaß, wie er bisher noch nicht erzielt wurde. Der Staatstag ist bisher als der billigste Getreidepreis, der für Weizen 1610.4 beträgt und mit der Maisprämie dann auf 3640.4, für Hafer auf 3450.4 hinausgefahren wird. Die Prämienwirtschaft sollte den Landwirt in die Lage versetzen, im Mais das nötige Viehfutter zu erhalten, damit er nicht das Brotgetreide in den Viehtrieb schütet. Nun wird erklärt, daß der Landwirt für Mais keine Verwendung hat und es bildet sich für die Bezugscheine ein Handel heraus, ähnlich wie seinerzeit bei den Ausfuhrscheinen für Getreide. Diese Bezugscheine werden nun auch von den Brennereien aufgekauft und damit der Zweck, unsere Viehhaltung mit dem Mais aufwärts zu bringen, zum Teil vereitelt und offenbar sich die ganze Maisprämie als eine Liebesgabe, die beim Großgrundbesitz, wo sehr erhebliche Mengen der reifen Ablieferung in Frage kommen, zu einer enormen Bereicherung führen muß.

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert.
(Fortsetzung.)

Emma merkte nichts von seiner schüchternen und schweigenden Andeutung. Sie ahnte nicht, daß die Liebe, die sie aus ihrem Leben verschunden glaubte, da neben ihr unter dem großen Leinwandhemd im Herzen des Jünglings, das unter dem Baute ihrer Schönheit erbebt, wieder aufgeblüht war. Uebrigens behandelte Emma jetzt alles und jedes mit einer tiefen Gleichgültigkeit, so daß man bei ihr den Egoismus nicht mehr von der Nächstenliebe und die Verdorbenheit nicht von der Jugend unterscheiden konnte. Eines Abends zum Beispiel geschah sie in großen Joren über das Dienstmädchen, das unter einem Vorwande Erlaubnis zum Ausgehen zu erhalten suchte. Klüßlich fragte sie: „Du liebst ihn also?“

Und ohne die Antwort des erstenden Mädchens abzuwarten, sagte sie kranzig hinzu: „Dann lauf nur, anßiere dich!“

Im Frühjahr ließ sie den Garten ganz anders anlegen, und obgleich Bovary anfangs damit nicht einverstanden war, gab er es schließlich doch zu, hoch erfreut darüber, daß Emma überhaupt wieder einen Willen und Interesse bezeugte. Je weiter ihre Genesung vorschritt, desto willenskräftiger wurde sie auch. So jagte sie zunächst die Amme fort, die sich mit ihren Säuglingen in der Küche eingenistet und in der Speisekammer während Emmas Krankheit unverschämter als ein Kannibale gehaust hatte. Dann entledigte sie sich der Familie Homais, verabschiedete auch nach und nach die anderen Besucher und ging nicht mehr so beharrlich in die Kirche, sehr zur Zufriedenheit des Apothekers, der ihr einmal freundschaftlich sagte: „Der Weltbrauch hat wohl ein wenig Anziehungskraft bekommen?“

Der Pfarrer Bourneuil aber kam nach wie vor nach dem Konfirmationsunterricht zu ihr. Er blieb jetzt lieber draußen im Garten und zwar in der Laube. Um diese Zeit kam auch gewöhnlich Karl von seinen Kranken. Wenn es heiß war, ließ er süßen Apfelwein kommen, mit dem man auf Emmas Genesung anstieß.

Binet war gegen Abend gewöhnlich ein wenig weiter unten an der Mauer damit beschäftigt, Kreuze zu fangen. Bovary lud ihn dann zu einer Erfrischung ein und sie tauschten ihre Meinung über die beste Art, die Apfelweinträge zu entlocken, aus.

„Man muß“, sagte Binet und blinnte mit zufriedener Miene um sich und weit in das Land hinaus, „die Flasche so gerade über den Tisch halten und, sobald der Bindfaden durchschneitten ist, die Hefe ganz vorsichtig, ganz vorsichtig gweimal abschleudern, wie man es übrigens mit den Siphons in den Restaurants auch macht.“

Der Biber sprang aber bei dieser Demonstration den Tischgenossen gewöhnlich ins Gesicht, und der Pfarrer ermannte sie bei dieser Gelegenheit mit einem gutturalen Tadeln den Gehör zu machen: „Seine Güte bringt in die Augen.“

Er war ein guter Mensch, und als eines Tages der Apotheker dem Arzte den Vorstoß machte, mit Madame doch einmal nach Rouen ins Theater zu gehen und sich den berühmten Kenoriffen Logard anzusehen, schien ihm das gar nicht zu ärgern. Homais wunderte sich über sein Schweigen, fragte ihn nach seiner Ansicht über das Theater, und der Brierer erklärte, er halte die Kunst für gefährlicher für die Sitten als die Literatur.

Der Apotheker verteidigte nun natürlich die Literatur. Das Theater, sagte er, heße die Borurteile gerichten und lehre unter der Maske des Vergnügens die Tugend.

„Gastlich rübendes mores, monsieur Bourneuil! Sehen Sie sich nur einmal die Tragödien Voltaires an; gspidiat sind sie mit philosophischen Sentenzen, die für das Volk eine wahre Schule der Moral und Lebensweisheit bedeuten.“

„Ich habe einmal ein Stück gesehen“, meinte Binet, „das hieß ‚Der Pariser Junge‘. Darin kam ein alter General vor, der ordentlich eingeseift wird. Er läßt einen jungen Mann aus guter Familie ablaufen, weil er ein Leinwandbündel verschüttet hat, das er aber später...“

„Selbstverständlich“, unterbrach ihn Homais, „gibt es schlechte Lektüre, wie es auch schlechte Apotheken gibt; aber in Bezug auf Vögen die wichtigste der schönen Künste zu beurteilen, das wäre eine Torheit, eine bandallische Idee und der Zeit würdig, in der man einen Galilei entlockte.“

„Ich weiß sehr wohl“, sagte der Biber, „daß es gute Werke und gute Autoren gibt, aber dies enge Besammensein von Personen verschiedenen Geschlechts in einem üppig ausgestatteten Räume, und dann diese heidnischen Verleibungen, die Schminke, die Lichter, die erregten Stimmen, alles das ruft natürlich eine gewisse Verlockung hervor und erfüllt den Menschen mit begehlichen Gedanken und unreinen Vorstellungen. Das ist meinetens die Ansicht der Kirchenväter. Und außerdem“ fügte er in maßlichem Tone hinzu und rollte eine Pfeife Tabak zwischen Daumen und Zeigefinger,

„wenn die Kirche die öffentlichen Schauspiele verboten hat, so wird sie wohl wissen, warum. Wir müssen uns ihren Bestimmungen unterwerfen.“

„Weshalb“, fragte der Apotheker, „erkommunglerete sie die Schauspieler? Früher ließ sie doch selbst bei ihren Ceremonien Schauspieler auführen. Ja, genüß! Man spielte auf dem Chore gewisse Farcen, die man Mysterien nannte, und in denen die Gesetze des Anstandes oft übertrieben wurden.“

Der Geistliche begnügte sich damit, einen Seufzer auszusprechen, und der Apotheker fuhr fort: „Es ist damit wie mit der Bibel. Die enthält auch mehr als eine wirklich pikante Begebenheit... na, man möchte Sachen sind ja geradezu gepfeffert!“

Der Pfarrer machte eine entrüstete Bewegung, aber Homais kam ihm zuvor: „Nun, Sie werden doch selbst zugeben, daß die Bibel kein Buch ist, das man jungen Mädchen in die Hand gibt. Ich wäre jedenfalls sehr ungehalten, wenn Athalie...“

„Aber das sind ja die Protestanten und nicht wir“, rief der Pfarrer aufgebracht, „die die Bibel empfehlen.“

„Das ist gleichgültig“, beharrte Homais. „Ich finde es nur eritaunlich, daß man in unserm Jahrhundert des Nichts noch immer ein geistiges Vergnügen zu achten mag, das meistens harmlos, gewöhnlich aber sogar segensreich und heilbringend ist. Nicht wahr, Doktor?“

„Gewiß“, erwiderte Karl seelenruhig. „Sei es nun, weil er derseleben Ansicht war oder weil er überhaupt in solchen Sachen keine Meinung hatte.“

Die Unterhaltung schien damit beendet zu sein, der Apotheker hielt es jedoch für angebracht, noch ein letztes Geschöpf abzufeuern.

„Ich habe Priester gekannt, die sich Biwilleiber angogen, um im Theater die Beine der Tänzerinnen bewundern zu können.“

„Na, na“, sagte der Pfarrer.

„Ich kenne solche!“

Und Homais wiederholte seine Behauptung und sprach jedes Wort getrennt aus: „Ich... kenne... welche.“

„Dann haben sie eben sehr unrecht getan“, erwiderte Herr Bourneuil, ergeben, alles zu hören.

„Du lieber Gott! Sie machen noch ganz andere Sachen!“ fuhr der Apotheker mit Empfindung fort.

„Der Apotheker...“ fiel ihm da aber der Geistliche mit so milden Blicken ins Wort, daß Homais eingeschüchelt stille stand.

(Fortsetzung folgt.)

Die Krisis in Russland

Von Dr. L. Galin

Das im ausgehungerten ausstehenden Russland wieder Blut fließt, wieder Kanonen donnern, wieder Tausende dem blutigen Krieg, dem Bürgerkrieg zum Opfer fallen, darüber kann ich als Russe und Mensch nicht begeistert sein. Aber die große „angenehme“ Aufregung, die in den russischen Emigrantenkreisen und zwar in bürgerlichen und ultra-reaktionären Kreisen, die zahlreichen Konferenzen und Versammlungen, die Hoffnungen, die auf Neue aufgetaucht sind, zwingen den Blick eines jeden Sozialisten auf die letzten Ereignisse in Russland und besonders auf ihre Konsequenzen.

Die schon lange bestehende Währung in Russland hat ihren Ausdruck im Aufstand der Matrosen in Kronstadt gefunden. Von jeher waren die Matrosen das aufbrausende, das revolutionäre Element Russlands; sie waren die Avantgarde jeder Revolution; sie waren die Stütze aller sozialistischen und ausländischen Strömungen. Schon die Art des Seebienstandes, der intellektuelle Kräfte aus dem Proletariat erfordert, der wagnisvolle Menschensport, das meist unwechselbare Personal auf den Schiffschiffen, welches darum der Propaganda zugänglich ist und die Möglichkeit geschaffen hat, feste und beständige revolutionäre Einheiten zu organisieren, alles das machte die Matrosen wichtig, — um den Ausdruck Trotski zu gebrauchen — „zur Blüte und zum Stolz der russischen Revolution“. Der zur Freiheit, zur unangenehmen Freiheit neigende und strebende Matrose konnte sich mit Kronstadt — um mit diesem eine Epoche der russischen Revolution zu bezeichnen — nicht begnügen und stellte sich dem vielversprechenden Bolschewismus zur Verfügung. Der Matrose wurde sofort das Symbol des Bolschewismus. Wenn man über die Gravel der Bolschewisten in den bürgerlichen Kreisen sprach, so wurde der Matrose mit dem langen auf die Seite gekämmten Haar, die aus der Matrosenmütze hinaustraten, mit der offenen Brust, mit dem stierischen Gesicht in solcher Weise geschildert und verachtet. Nun ist aber in einem Augenblick eine Wandlung eingetreten; alle sozialistischen Organisationen und bürgerlichen russischen Organisationen in Paris rufen die ganze Welt zur Hilfe für die armen Matrosen, für die Matrosen. Dunderstürmende Franzosen, tausende Pfund Sterling sind überweisen zur Unterstützung der Aufständigen von Kronstadt. Die Minister werden in Berlin und Paris verteilt und es eifriger schon heftige Auseinandersetzungen in dieser Frage. Der noch nicht gefangene russische Bär wird schon als Bunte betrachtet.

Eigentlich sollte der letzte Aufstand der Matrosen alle diese Behauptungen etwas dämpfen; denn die Forderungen der Aufständigen bewegen sich durchaus in wahrhaft revolutionärer, demokratischer Sinne. Schon die freie Wahl der Sowjets, nicht etwa ihre Ersetzung durch ein allgemeines gewähltes Reichsparlament, auf welcher die Matrosen bestehen, kennzeichnet den ganzen Charakter der Bewegung und sollte die aller temperamentvollsten Interventionisten beruhigen und auf sie wie ein kalter Strahl wirken. Aber die Hoffnung im trüben Blau zu fangen, wird nicht aufgegeben. Wir müssen darüber klar sein, und um das schwerere Kampf, den der internationale Sozialismus jetzt auszufochten hat, bereitzustellen. Für jeden nächsten denkenden Arbeiterfreund ist es klar, daß der

Kommunismus in seiner jetzigen Form

ist. Die Romantik, die ihn in seinen ersten Tagen umhüllte und ihm allmählich viele Anhänger aus allen Kreisen zuführte, ist durch die schwere Probe des Lebens geschlagen und damit ist seine ideale Gedankenrichtung vernichtet. Es hat sich prompt und klar herausgestellt, daß weder geistig noch moralisch die Menschheit hierzu vorbereitet ist, und die gesellschaftliche Hypothese der Kommunisten haben sich vom Himmel auf die Erde begeben. In dem Kampf Lenin gegen Trotski und Konzentriert der Kampf des nächsten gewordenen, sich an das wirkliche Leben anknüpfenden Theoretikers gegen den tiefen sozialistischen Doktrinär. Indem aber die Führer sich noch bei ideologischen Auseinandersetzungen befinden, haben die Massen das schon längst durch ihren gefundenen Spürsinn erkannt, und bevor die Führer noch den ideologischen Kampf ausgetrieben, sind schon die Massen auf die Straße hinausgegangen, um die Forderung des gefundenen Standes geltend zu machen.

Vergegenwärtigt man sich, daß die Matrosen während des Partisanen diejenigen waren, die die meisten Opfer für die Revolution gebracht haben, da alle ihre Aufstände in fürchterlicher

und schonungsloser Weise unterdrückt wurden, daß sie diejenigen waren, die im Bolschewismus den Träger der Freiheit sahen, so versteht man, daß sie die

Retten, die die Bolschewiki dem Proletariat angelegt haben,

am empfindlichsten spürten und es wird dann auch klar, daß sie die ersten waren, die das Banner der „dritten Revolution“, wie sie es nennen, erhoben haben. Und die Bolschewiki werden wohl bei der dem Matrosen eigenen Hartnäckigkeit, bei deren Weisheit und Entschlossenheit einen harten Kampf auszufechten haben.

Wird aber dieser Aufstand einen Wiederhall in ganz Russland finden?

Das ist wohl der springende Punkt in diesem großen Ereignis. Schon das Fehlen jeglicher Verbindungsmaßstäbe zwischen den einzelnen Städten wird das Ausbreiten der Bewegung erheblich hindern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir in Europa, trotz der widersprüchlichen Nachrichten über die Lage bei Kronstadt besser informiert sind, wie die gewöhnlichen Beobachter selbst in Moskau. Aber wenn auch das Gerücht über die neue Revolution sich verbreitet, so ist doch, objektiv beurteilt, ein allseitiger Aufstand meines Erachtens fast ausgeschlossen. Erstens hat nach vorläufig ein großer Teil der Bauernschaft kein großes Interesse am Sturz der Sowjetregierung, und als Träger dieser Bewegung kann somit nur das Proletariat und ein Teil der sozialistischen Intelligenz in Frage kommen. Zweitens, wird die angeborene Passivität, die durch Hunger und Kälte sich noch mehr im Volk verbreitete, die Bewegungsdraft dieser Revolution ganz gewiß lähmen. Drittens, darf man nicht vergessen, daß die Bolschewiki noch viel Anhang in den Städten besitzen, daß sie einen Kampf um ihr Dasein führen und um Leben und Tod ringen, was viel zu ihrer Widerstandskraft beitragen wird. Russland tritt leider in eine Periode sozialer Aufstände ein, die von Pogromen, Anarchie und Verwüstungen begleitet sein werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in einem Ort eine ultra-reaktionäre, in einem andern eine anarchische Strömung die Oberhand gewinnt. Es kann auch sein, daß es den Bolschewiki gelingt, die Macht im Lande für eine kurze Zeit wieder an sich zu reißen. Alles das werden nur Episoden im Kampf sein. Aber eines steht fest:

Der Prozeß einer Zerkleinerung des Bolschewismus hat begonnen.

Deshalb die Bolschewiki angeht, die ersten Tage sich abweisbar zusammengeschlossen haben und Lenin und Trotski gemeinsame Sache machen, stehen sie, wenn es ihnen gelingen sollte, auch diesen Aufstand gänzlich zu unterdrücken, vor zwei Möglichkeiten. Entweder sie machen Konzessionen, dann wird die erste Konzession weitere hervorrufen und damit wird die langsame Evolution — die einzig und allein die russische Revolution und damit auch die internationale retten kann — einleiten, oder sie werden sich zu Bergeltungsgesamnahmen entschließen und den roten Schrecken wieder einsehen, dann ist die Katastrophe vor der Tür.

Schon die ersten Maßnahmen zeigen aber, daß die Bolschewiki, trotz ihrer eigenen Fehler zu erkennen und anzuerkennen, wieder den anderen Sozialisten die Schuld geben und hauptsächlich die Menschheit als Sündenbock ausserhalb haben. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß die Menschheit und der größte Teil der Sozialrevolutionäre sich in Abenteurer einlassen, da sie zu gut die Folgen solcher Abenteuer kennen und die ersten waren, die auf diese Konsequenzen die Aufmerksamkeit aller gelenkt haben. Es ist daher ein Verbrechen, wenn Lenin den sozialistischen Parteien in seiner letzten Rede dröhrt: „Arbeitet, arbeitet, meine Herren, wir werden auch arbeiten!“ Nun diese Arbeit der Bolschewiki hat wieder begonnen.

Tausende russische Sozialisten sind eingekerkert und hingerichtet.

Die Reaktion ist herzens froh; denn das Gebirn der russischen Revolution wird gestiftet. Aber damit wird sich der Bolschewismus nicht retten können; er geht zu Grunde, fest aber mit seinen furchtbaren Methoden den internationalen Sozialismus einer ungeheuren Gefahr aus. Nichts ist in diesem Augenblick wichtiger, als der Zusammenstoß des Proletariats.

Deutscher Reichstag Der Wiederaufbau Nordfrankreichs. — Das Entwaffnungsgesetz

Berlin, 14. März.

Haus und Leibchen sind schwach befeht. Am Regierungstag v. a. Minister Dr. Simons.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Wiedererbauungsgesetzes.

Abg. Berg (Nomm.) protestiert nochmals gegen das Gesetz, das einen Volksbeschluß darstellt. Von einer Notlage der Reeder könne keine Rede sein. Das Gesetz wird jedoch mit den Entschuldigungen angenommen. — Bei der Schlussabstimmung bewies sich der Abg. Berg (Nomm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Präsident Seebech schloß sich dem an und unterzeichnete die Sitzung um 3 Minuten.

Auf der Tagesordnung der zweiten Sitzung, die am 14. März beginnt, steht die Weiterberatung des Haushalts des Wiederaufbauamts.

Der Eintritt in die Tagesordnung teilt Präsident Seebech mit, daß die Abstimmung über das Wiedererbauungsgesetz um 1 Uhr stattfinden und namentlich sehr wichtig ist.

Abg. Dr. Wenzel (D.N.) meint, an die Spitze des Ministeriums gehören Leute, die energischer als bisher vorgehen und neben den innerpolitischen Vorgängen auch die außenpolitische Lage beurteilen könnten. Die Gegner selbst haben einen großen Teil der Schuld an der Zerschlagung. Sie haben zuerst mit schweren Beschüssen auf die Schuldenränder geschossen. Wir haben höchstens 10 Prozent Anteil an der Bevölkerung. Andererseits haben wir den Franzosen viel wertvolle Dauerbauten einverleibt und überlassen, die angedreht werden müssen. Wenn wir nicht bald dazu gelangen, uns von Regierung zu Regierung zu verläßlichen, besteht die Gefahr, daß die private Spekulation die Initiative ergreift und damit einer wüsten Schieberlei Tür und Tor öffnet. Der Wiederaufbau ist die größte wirtschaftliche Tat, die zu leisten ist. Hoffen wir, daß deutscher Kraft dieses Werk gelingen wird. (Beifall.)

Abg. Deuch (D.N.): Wir würden es für gefährlich halten, wenn die Wiederaufbaufrage dem Reichsministerium übertragen werden sollte. Das Wiederaufbauamt hat gute Arbeit geleistet. Wir legen auf die technischen Wiederaufbaufragen in Frankreich den allergrößten Wert. Bei technischer Wiederaufbau muß aber verhindert werden, daß ähnlich wie bei Kriegszug durch übertriebene hohe Preise Mißverhältnisse erzeugt werden. Das Reichsausgleichsamt rechnet mit einer 7 Jahre langen Lebensdauer. Wir wünschen seinen früheren Abbau dem Glanz der Auslandsdeutschen ist noch lange nicht mit der nötigen Beschleunigung abgeholfen worden.

Abg. Knieß (D.): Bei der Frage des Wiederaufbaues muß die Regierung vor allem den Organisationen des Hand-

werks und des Handels mehr Vertrauen schenken. Auch die Kreise der Gewerbetreibenden im besetzten Gebiet und in Süddeutschland sollten besonders berücksichtigt werden bei der Vergütung der Arbeiten des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete. Die Entschädigung der Auslandsdeutschen muß beschleunigt werden.

Staatssekretär Müller: Das Wiederaufbauamt hat keine politische Aufgabe, sondern die rein wirtschaftliche Aufgabe, die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages durchzuführen. Wir wollen im weitesten Umfang das deutsche Handwerk, die deutsche Industrie und den deutschen Handel bei den Leistungen heranziehen. Wir befinden uns im Einklang mit den deutschen und französischen Arbeiterorganisationen beim Wiederaufbau. Aber bei der französischen Regierung haben wir damit noch keine Gegenteile gefunden. In der Frage der Entschädigung der Auslandsdeutschen wird neuerdings in einem rascheren Tempo gearbeitet. Der Apparat des früheren Kolonialministeriums muß in einer anderen Form aufrechterhalten werden. Wir haben die Hoffnung, früher oder später in dem Besitz von Kolonien zu kommen, noch nicht aufgegeben.

Abg. Fries (Nomm.): Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich kann nur vom internationalen Proletariat geleistet werden. Auf dem Boden des Kapitalismus kann es niemals zum Wiederaufbau kommen. — Damit schließt die Debatte und der Haushalt des Wiederaufbaues wird nach unwesentlicher Einzelberatung erledigt.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages (Verbot der Selbstschutzorganisationen). § 1 verbietet Vereinigungen aller Art, die ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Waffen einführen und üben und sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinführen. § 2 verbietet Unterichtsanstalten, Unversitäten, Kriegervereine, Schützengilden, Sport- und Wandvereine, überhaupt Vereinigungen aller Art, die sich mit militärischen Dingen befassen.

Minister Dr. Simons betont, daß er nur für die politische Begründung des Entwurfes verantwortlich sei, nicht für die Einzelheiten, um die er sich infolge der Vorbereitungen zur Londoner Konferenz nicht habe kümmern können. Ueber die technische Seite des Entwurfes werde deshalb der Minister des Innern sprechen müssen. Da die bisherigen Bestimmungen über die Entwaffnung nicht genügt, müssen wir uns aufs neue mit dieser Frage beschäftigen, die eigentlich seit den Tagen von Spa akut geworden sei. Man hat uns eine Frist für die Durchführung der Entwaffnung gestellt. Die Folge war die Konferenz der bundesstaatlichen Minister. In London ist die Angelegenheit wegen des vorzeitigen Scheiterns der Reparationsverhandlungen nicht zur Besprechung gelangt. Wir haben versprochen, den Friedensvertrag zu erfüllen, und dieses werden wir tun, aber auch nicht zögern. Die Befürchtung Bayerns, als ob gegen Bayern noch etwas besonderes geplant sei, sei nicht

schließen kein Deutscher seines Lebens sicher sei. Besonderen Erfolg versprechen sich die Polen dadurch, daß sie sich als Deutsche, in den Abstammungsgebieten bereits eingetrossene Abstammungsrechtserbende ausgeben und erklären, daß sie wegen der Unsicherheit im Lande dies sofort wieder verlassen würden. Die Polen haben auch Redner auf die Beine getrieben, die in Sonderzügen auf den von Chpreußen kommenden Dampfern, auf den Bahnhöfen, in den Straßen und Lokalen die Abstammungsrechtserbenden vor der Fahrt in die Heimat warnen.

In der Nähe des Schleifens Bahnhofs in Berlin wurden im Laufe der letzten Nacht Schuttpaläste angelegt mit der Ueberschrift: „Achtung! Oberstleutnant! Die Polen wollen Euch ans Leben!“ Die Plakate sprechen von polnischen Gruescenen in Oberschlesien. Die Plakate, die nicht nur den Polen verfolgen, die abstammungsrechtserbenden Deutschen von der Reise abzuhalten, sondern auch den Eindruck erwecken wollen, als gingen die Reichsoberstleutnant als eine besondere Kampftruppe nach Oberschlesien, sind entfernt oder überlebt worden.

Ein neuer Hohenzollernhandal

Ein echtes Mitglied eines königlichen Geschlechts

Vor einigen Tagen berichteten Blätter, daß das preussische Finanzministerium die an der polnischen Grenze gelegenen Herrschaften Flatow und Projanke, sowie die Güter Düppel-Dreilinden und Saar-mund in staatliche Verwaltung übernommen habe. Die Güter sind Eigentum des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. Das Finanzministerium hat nunmehr ein umfangreiches Material der Deffenstlichkeit unterbreitet. Es zeigt sich weiter, daß das Wappenwesen in der Familie Hohenzollern sich nicht auf den früheren Träger der kaiserlichen und königlichen Krone beschränkt, sondern daß es auch bei deren Mitgliedern dieser Familie anzutreffen ist.

Durch eine Verordnung vom 30. November 1918 wurde das Vermögen der Familie Hohenzollern oder das, was sie dafür hielt, beschlagnahmt. Später überließ man die jetzt in staatliche Verwaltung übernommenen Güter dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen zu eigener Verwaltung, da ihm angeblich aufgrund eines Testaments des früheren Königs Friedrich Wilhelm III. Eigentumsrechte darauf zufließen. Es stellten sich aber später starke Zweifel an diesem Bescheid heraus. Aus einem Brief, den das Finanzministerium am 1. November 1920 an den Prinzen richtete, entnehmen wir folgendes:

Der Prinz hat eine große Anzahl sehr wertvoller Kunstgegenstände und Altertümer aus den Beschlagnahmungen entfernt und ins Ausland schaffen lassen. Es wird außerdem eine sehr wertvolle Sammlung von Edelsteinen vermisst. Seit dem November-Umsatz fällt der Prinz in Lugans auf, dort verbringt er ungeheure Summen. In einem Jahre hat er allein eine Million Schweizer Franken Schulden gemacht, die bei dem heutigen Kursstande etwa 12 Millionen Papiermark ausmachen.

Am 1. Dezember hat nun das Finanzministerium beim Oberstaatsanwalt des Landgerichts Potsdam einen Antrag auf Entmündigung des Prinzen wegen Geisteschwäche gestellt. Es werden eine Reihe von Tatsachen mitgeteilt, aus denen zu schließen sei, daß der Prinz nicht die nötigen geistigen Fähigkeiten besitze, seine Angelegenheiten zu besorgen.

Wie der Geisteszustand des Prinzen und seiner Ehefrau beschaffen ist, dafür existieren eine ganze Reihe von Zeugenaussagen. Wir wollen uns ihnen nur das wesentlichste heranziehen und insbesondere Dinge weglassen, die nur schwer öffentlich wiedergegeben sind.

Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Angestellten des Prinzen machte es diesem z. B. ein diabolisches Vergnügen, seine Angestellten durch schwere Getränke betrunken zu machen. Das geschah meist in Anwesenheit seiner Gattin, und beide webeten sich dann an dem Zustande der Betrunkenen. So mußte ein fränkischer Diener jeden Abend zwei bis drei Flaschen Sekt in sich hineintrinken lassen, wobei ihm der Prinz erklärte: „Sie trinken nicht etwa zu Ihrem Vergnügen, sondern zu meinem Vergnügen.“ Auch besonders scharfe Schimpfe wurden für die Opfer zurechtgebracht, zu ihrer Zusammenfassung wurden verwendet: scharfe englische Saucen, Pfeffer, Portwein und Sherry. Der Prinz und seine Frau hatten ein sichtlich Vergnügen daran, wenn die Diener mit verzerrter Miene berückten, dies Gebrauh herunterschlürzen. Selang es aber einem, sein Gesicht nicht zu verzerrten, so hatte der Prinz kein Vergnügen daran und er verschonte ihn nicht.

Ein anderer Diener mußte auf allen Vieren vom Badezimmer in das Ankleidezimmer kriechen und dazu wie ein Hund bellend. Auf den Pfiff des Prinzen mußte er angeklommen kommen und aus einem mit Fleisch gefüllten Napf, der auf dem Fußboden stand, wie ein Hund „freßen“.

Die Hunde galten dem seltsamen Prinzen überhaupt mehr als die Menschen. Während im Kriege das Volk hungerte, erhielten die Hunde des Prinzen auf Befehl gebratene Schweinehälften, Sahnenschnitzel, Kolbenteile usw., überhaupt nur das beste Fleisch. Die Tiere waren so überfüttert, daß sie meist die besten Futternäpfe stehen ließen. Dann mußte ein Diener dem Vießlingshund Lein die gebratenen Sahnenschnitzel ins Maul stopfen. Dabei hatten die Diener den Eindruck, daß es dem Prinzen weniger um die gute Fütterung der Hunde zu tun war, als um zu zeigen, daß ihm die Hunde lieber waren als die Angestellten. Vielleicht wollte er auch seiner Verachtung über die Leiden des Volkes Ausdruck geben, denn von den Deutschen sprach er meist als den deutschen „Schweinehunden“ und beschimpfte bei jeder Gelegenheit das deutsche Volk.

Daß auch andere Hohenzollern Narren und elende Verächter sind, ist bekannt, wie auch, daß zahlreiche Mitglieder aller ehemaligen deutschen Fürstentümer durch jägellose Ausschreitungen aller Art körperlich und geistig in hohem Maße sittlich minderwertige Individuen sind. Eine famose Bande, die früher das deutsche Volk beherrschte und es schließlich mit ins Unglück gestürzt hat.

Gemeindepolitik

St. B. Freiburg, 12. März. Nachdem der Staat die Errichtung einer Personenkraftwagenverbindung an den Tullberg vorläufig endgültig abgelehnt hat, wird demnach eine private Autoverbindung von Freiburg nach St. George über Öpfingen nach Niederrimmigen einseitig und über Wehenhausen, Lmlich nach St. Nikolaus andererseits eröffnet werden. Man rechnet damit, daß die neue Verbindung von Öpfingen ab im Betrieb sein wird.

zutreffend. Die Aufhebungsfrage mit dem Vereinsrecht zu verbinden, war nicht möglich, weil das letztere hierzu nicht ausreicht. Das Reich greift hier in die Zuständigkeit der Länder. Das mußte aber sein, weil das Reich die Verantwortung trägt. Wir haben aber getan, was wir tun mußten.

Hg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Auffällig ist, daß die Worte Selbstschutz und Einwohnerverschutz, die in dem ersten Entwurf standen, in dem vorliegenden Gesetz peinlichst vermieden worden sind. (Hört! Hört!) Wir verlangen im Interesse der Aufklärung völlige Vorlegung des Brief- und Notenwechsels mit der bayerischen Regierung. Die bayerische Presse und mit ihr die Demokraten machen in einer höchst auffälligen Weise schamlos; dabei sehen sie nicht, daß dies eine weitere Gefahr für neue Besetzungen, ja für die Einheit des Reiches ist.

Hg. Eduard v. Braun (D.N.): Nach unserer Meinung haben wir bezüglich der Entwaffnung bereits alles getan, was nach dem Versailler Friedensvertrage die Erlaubnis von uns fordern konnte. Diese Ansicht hat die Regierung auch vertreten. Wir haben keine Verpflichtung, das Pariser Diktat zu erfüllen, nachdem die Londoner Verhandlungen gescheitert sind (Sehr richtig! rechts). Dieses Gesetz ist ein Ausnahmengesetz gegen Bayern. Die Welt hat keine Achtung vor einem Volke, das immer nur auf andere hofft. Wir lehnen das Gesetz ab.

Vizepräsident Dr. Bell unterbricht hier die Aussprache, um die Abstimmung über das Rederechtsabfindungsgesetz vorzunehmen. Für das Gesetz stimmen 238 Abgeordnete, dagegen 60 Abgeordnete; 12 enthalten sich der Stimme. Das Gesetz ist somit angenommen.

In Fortsetzung der Beratung des Entwaffnungsgesetzes ergreift das Wort Reichsminister Koch: Ich siehe als Kabinettsmitglied auf dem Boden des Gesetzes. Die Gründe für seine Einbringung liegen nicht auf innerpolitischen, sondern auf außerpolitischen Gebiet. Alle Selbstschutzorganisationen sind verboten, wenn sie mit kriegsmäßigen Waffen ausgerüstet sind. Es würde eine Katastrophensituation sein, wenn man in diesem Punkte die Ausführung des Friedensvertrages verweigerte.

Hg. Soltmann (U.S.): Die Reden der beiden Minister waren voller Widersprüche. Wenn man die Entwaffnung längt durchgeführt hätte, wäre das Gesetz längst überflüssig. Aber man hat nur den Arbeitern die Waffen genommen, den gegenrevolutionären Elementen in Bayern hat man sie gelassen. In Bayern ist alles ganz ruhig. (Zurufe rechts: Infolge der Einwohnerverschutz.) Wir müssen aber unbedingt die Vorläufe des Friedensvertrages erfüllen, deshalb lehnen wir die Vorlage in der gegenwärtigen Fassung ab.

Hg. Hammer (Dem.): Die Frage der Entwaffnung und der Abschaffung aller bayerischen Rechte muß sehr vorsichtig behandelt werden. Ist es schlimmer oder ist es un-demokratisch, wenn Bundesländer die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages als etwas Fremdes empfinden. Wir müssen den außenpolitischen Forderungen Rechnung tragen.

Reichsminister Simons: Ich bebreite, daß ich mich irgendwie in Widerspruch mit dem Reichsminister Koch befinde. Das Mißverständnis gegen das deutsche Vaterland hat mich veranlaßt, die Entwaffnungsvorlage einzubringen. Auch mir wäre es lieber, wir bräuchten uns nur mit außenpolitischen Fragen zu befassen, wie bräuchten uns nur mit innenpolitischen Fragen zu befassen.

Hg. Kemmele (Komm.) bezeichnet die weiße Schmach als eine viel unerträglichere als die schwarze Schmach und erregt einen Sturm der Entrüstung. (Lauter Proteste ertönen.) Vizepräsident Bell erwidert dem Redner, derartige provozierende Äußerungen zu unterlassen. Hg. Kemmele wiederholt den Ausdruck nochmals, worauf erneuter minutenlanges Lärm losbricht. Vizepräsident Dr. Bell ruft dem Redner zur Ordnung. Als Hg. Kemmele im Laufe der Rede und Gegenrufe der Redner den Vorwurf des Hochverrats macht, wird der Redner zur Ordnung gerufen. Als Redner dann die Vorlage einen Schwindel zur Täuschung der öffentlichen Meinung nennt, wird er aufs neue verzwängt. Der Entwurf bleibt für seine Partei unannehmbar.

Hg. Simons-Schwaben (Soz.): Hg. Hoffmann habe die ganze Sache wesentlich vom deutschen Reichstandpunkt aus ins Auge gefaßt. Die damalige Besatzungsarmee, die der Hg. Hoffmann geschaffen hat, habe aber einen ganz anderen Charakter gehabt und sei erst allmählich unter dem Ministerpräsidenten Koch zu einer militärischen Einrichtung geworden. Er beantragte Überweisung an einen besonderen Ausschuss von 21 Mitgliedern. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die Weiterberatung des Haushalts beim Etat des Ministeriums des Innern.

Hg. Dr. Schreiber (Ztr.) teilt mit, daß ein Antrag der Koalitionsparteien vorliege, das Kapitel Reichswanderungsamt an den Hauptauschuss zurückzuverweisen. — Der Antrag wird angenommen.

Hg. Weiß (Dem.) bespricht die Anstellungsverhältnisse und die Ausweisung der esch-lothringischen Beamten. Weiter behandelt er die Ausgestaltung des Reichsarchivs und die Tätigkeit der technischen Hilfswissenschaften. Für das Reich müßte ein einheitliches Schulgesetz eingeführt werden. Der Reichsfinanzminister darf nicht mit den Mitteln für die Wissenschaft sparen.

Hg. Levi (Komm.): Der Minister Koch hat ein Militärautokrat, der mit Gewaltmitteln der alten Schule arbeitet. Redner polemisiert gegen die einseitige Haltung des Ministers gegen die kommunistische Partei und gegen den deutschen Parlamentarismus, der am besten in den zoologischen Garten käme. Durch Jurus der Redner veranlaßt, erregt der Redner durch weitere drastische Beispiele die allgemeine Heiterkeit. Auf Grund des stenographischen Protokolls wird Redner vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wegen seiner ungeschicklichen Angriffe gegen den Minister Koch.

Hg. Reich (D.N.) meint, was uns fehle, sei der stillische Ernst und das Pflichtbewußtsein; der Etat sei deshalb von materieller Natur. Das Reichsministerium des Innern solle z. B. den Ländern in stilllicher Beziehung Anregungen geben. Segensreiche Erfolge von einer Zusammenlegung der Ministerien erwarte er nicht. Interessant sei die Stellung des Ministers des Innern zum Zentralismus. In einem großzügigen Spielplatzgesetz ist es jetzt nicht an der Zeit. (Beifall.)

Hg. Albert (Welfe): Eine Neugliederung des Reiches unter Autonomie der einzelnen Provinzen ist notwendig, gerade wie sie Oberösterreich gegeben worden ist.

Hg. Dr. v. Dellbrück (D.N.) begründet namens des Iker Ausschusses einen Antrag, die von der Regierung zur Beratung der Verwaltungsreform vorschlagende Kommission möge bestehen aus dem Reichsminister des Innern als Vorsitzenden, 5 Reichstagsmitgliedern und 4 Reichsratsmitgliedern.

Hg. Mann (D.N.) begründet einen Antrag, die Regierung möge bei den Ländern Sachsen und Hamburg dahin einwirken, daß die Vertragung der Erziehungsberufungen erfolgen möge, daß nur diejenigen Kinder dem Religionsunterricht fernbleiben, deren Eltern es ausdrücklich verlangen. Die Offizienfrage müsse gelöst werden. Redner fordert Maßnahmen gegen die Schmutzliteratur.

Hg. Frau Wülff (Soz.): Für das Jugendfürsorgegesetz hätten größere Mittel aufgewendet werden sollen. Leider ist das Reichsbudget immer noch nicht vorgelegt.

Morgen mittag 1 Uhr Fortsetzung. Anfragen, kleinere Vorlagen. — Schluß gegen 4 10 Uhr.

Gewerkschaftliches

Verbindlichkeitsklärung. Der zwischen dem Verband Badischer Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrieller E. S. Freiburg i. Br., dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband christlicher Fabrik- und

Transportarbeiter Deutschlands, dem Zentralverband der Maschinen- und Geiger und dem Deutschen Metallarbeiterverband am 14. Januar 1921 abgeschlossene Lohn- und Tarifvertrag wird zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gewerblichen Arbeiter in der Papier-, Papp-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie für das Gebiet des Freistaates Baden gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1921. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrags vom 30. Oktober 1920 außer Kraft.

Orgeschtreiberen am Bodensee und die badische Justizverwaltung

Als Antwort auf einen in der Samstagausgabe des „Volksfreund“ enthaltenen und wie oben überschriebenen Artikel, veröffentlicht das badische Staatsministerium in der „Karlsruher Zeitung“ das Folgende:

„Der Karlsruher „Volksfreund“ bringt in seiner Nr. 60 vom Samstag, den 12. März einen größeren Artikel, betitelt „Orgeschtreiberen am Bodensee und die badische Justizverwaltung“. Anknüpfend an die Tatsache, daß in den letzten Februartagen auf das Graflich Bodmansche Jagdhaus Kargegg von einem Oberleutnant a. D. Fritz Keller aus Stuttgart ein größerer Waffentransport ausgeführt und die Waffen von dem Landesentwaffnungskommissar alsdann beschlagnahmt und der Verwahrung anvertraut wurden, wird der Staatsanwaltschaft, dem Justizministerium und dem Herrn Justizminister und Staatspräsidenten der Vorwurf gemacht, daß sie in der gerichtlichen Verfolgung ihre Amtspflicht ungenügend und faulemüßig erfüllt und die beteiligten Orgeschleute schonlich behandelt hätten. Demgegenüber wird im Interesse der Aufklärung der Öffentlichkeit vom Staatsministerium offiziell festgestellt:

Am 25. Februar abends erhielt das Bezirksamt Konstanz Mitteilung von dem Waffentransport auf den Hof Kargegg. Es verständigte wohl das Bezirksamt Stodach, das alsbald dienstlich eingriff, nicht aber auch die zuständige Staatsanwaltschaft Konstanz. Diese erhielt erst am 28. Februar 1921 durch das Bezirksamt Stodach, welches der Meinung war, daß die Staatsanwaltschaft Konstanz vom Bezirksamt Konstanz bereits verständigt sei, von der Sache Kenntnis. Darauf begab sich der zuständige Staatsanwalt sofort nach am gleichen Tage auf den Hof Kargegg und nach Bodman selbst und nahm hier die nach Sachlage gebotenen und möglichen Erhebungen vor. Eine Befragung des in die Sache besonders verwickelten früheren Offiziers Keller war nicht mehr möglich, da dieser bereits am 21. Februar mit seinen Begleitern wieder nach Stuttgart zurückgekehrt war. Der Staatsanwalt verständigte alsbald das Kreisoberbergische Landespolizeiamt in Stuttgart wegen des Beschuldigten Keller. Keller behauptete zunächst bei seiner Einvernahme einen Mißbrauch seines Namens bei dem Waffentransport auf den Hof Kargegg. Der Staatsanwalt beantragte am 9. März die einstweilige Festnahme des Keller in Stuttgart und einen Erlass des Haftbefehls gegen denselben beim Amtsgericht Stodach und stellte am 10. März nochmals Antrag auf Festnahme in Stuttgart, nachdem in der Zwischenzeit die Mithilfe des Keller festgestellt war. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist seit 28. Februar sonach im Gange und wurde mit aller möglichen Beschleunigung fortgeführt. Irgend eine Sammelhaft oder Nichtwichtigkeit kann der zuständigen Staatsanwaltschaft nicht zur Last gelegt werden. Es bestand und besteht daher auch kein Anlaß für das Justizministerium, im Wege der Dienstaufsicht eingzugreifen. Der Herr Generalstaatsanwalt selbst hat sich, seit in der „Karlsruher Zeitung“ durch deren erste kurze Notiz am 1. März die Sache bekannt wurde, alsbald um den Fall angenommen und der Staatsanwaltschaft entsprechende Weisung gegeben, auch für sich mehrfach fortlaufenden Bericht einberlangt. Derselbe hat sich ferner auch im Interesse der geordneten Aufklärung und baldmöglichsten Erledigung der Angelegenheit mit dem Ministerium des Innern in steter Fühlung gehalten zwecks gemeinsamer geeigneter Vorgehens und unter gemeinsamer Beträumung eines besonders tüchtigen Polizeibeamten mit den notwendigen Erhebungen. Da so weder von der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft noch von dem Herrn Generalstaatsanwalt irgend etwas berichtigt war, lag für den Herrn Justizminister als obersten Beamten der Landesjustizverwaltung gar kein Anlaß vor, kraft seines Rechtes der Aufsicht und Leitung einzugreifen.

Der Herr Justizminister und gleichzeitige Staatspräsident hat trotzdem, seit er Kenntnis von der Sache hatte, nämlich vom 1. März an sich für die volle, unparteiische und möglichst rasche Aufklärung der Angelegenheit, um die Verstrickung der Schuldigen herbeizuführen, interessiert und den Generalstaatsanwalt alsbald angewiesen, zu sorgen, daß bei der Aufklärung der Tat nichts verheimlicht und mit tüchtiger Beschleunigung ohne Rücksicht auf Personen oder Sache alles objektiv nach Recht und Gesetz getan werde.

Das Staatsministerium weist deshalb nach Prüfung der Akten die vom „Volksfreund“ gegen die Staatsanwaltschaft, andere „hohe Behörden“ und das Justizministerium, sowie den Herrn Justizminister und Staatspräsidenten erhobenen Vorwürfe und Angriffe einstimmig als unrichtig und unbegründet zurück.

Wir erkennen gerne an, daß das Staatsministerium diesmal die im öffentlichen Interesse durchaus gebotene Aufklärung so rasch wie das nur irgendwie geschehen konnte, gegeben hat. Wir nehmen auch Kenntnis davon, daß nach der Darstellung des Ministeriums weder den Herrn Justizminister noch sonst eine höhere Justizbehörde irgend welches Verschulden beimessen sei. Aber feststellen müssen wir die sehr bedauerliche Tatsache, daß der Oberleutnant Keller auch heute noch nicht verhaftet ist, was vielmehr mit aus Verhältnissen zu erklären sein mag, für die die badische Justizbehörden die Verantwortung nicht zu tragen brauchen. Und das Staatsministerium darf es uns nicht verheimeln, wenn wir gleichzeitig die Frage aufwerfen, ob und was denn gegen den beim Grafen v. Bodman bediensteten Oberförster unternommen worden ist, der doch sehr dringend in dem Verdachte steht, bei den Orgeschtreiberen am Bodensee seine Hände im Spiele zu haben?

Daß man in Regierungen wie in führenden Zentrumskreisen am Samstag über den „Volksfreund“ ein bißchen starr erregt war, ist begreiflich, aber völlig unbegründet die Befürchtung, als seien persönliche Momente für den Artikel ausschlaggebend gewesen. Die Orgeschgefahr ist eine große — wir behaupten, eine viel größere als man sich selbst manchmal auf Ministeresseln träumen läßt und glaubt. Wenn es den Orgeschbänden gelingen würde, sich so zu entwickeln, daß sie den Mit- und Vorkämpfern bekämen, hohe badische Staatsregierungen, würden es in der Hauptsache die sozialistischen Arbeiter sein, die ein solches Orgeschverbrechen abzuwehren und ihre Haut zu Markte zu tragen hätten.

Dank besonders auch der Wachsamkeit, die vom Ministerium des Innern ausgeht und die erfolgreichste Sicherung bei der großen Reichheit der Exekutivorgane im Lande pflichtgemäßige Unterstützung findet, haben in Baden die Orgeschbänden noch nicht die Verbreitung zu finden vermocht.

wie gelegentlich in anderen Freistaaten. Wenn daher bei Orgeschtreiberen wie denen, die am Bodensee entdeckt worden sind, noch nach mehr als vierzehn Tagen einer der bekannten ausführenden Organe immer noch frei herumläuft, die Bevölkerung ohne die dringend gebotene Aufklärung bleibt, dann braucht sich das Staatsministerium wirklich nicht zu wundern, wenn wir in der berechtigten Sorge über die Orgeschtreiberen schließlich etwas energische Töne anschlagen und Zweifel daran hegen, ob die Justiz auch prompt ihres Amtes gewaltig hat. Wenn die bürgerlichen Minister und wenn weiter, wie wir wohl sagen dürfen, die führenden badischen Zentrumskreise jeden Verdacht energisch zurückweisen, als ob sie gegen Orgeschtreiberen Nachsicht zu üben geneigt seien, so begrüßen wir das und hoffen, daß es immer so bleiben möge.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir den führenden Kreisen des badischen Zentrums aber noch sagen, daß sie durchaus keine Ursache haben, entrüstet zu tun, wenn wir uns einmal gegen Minister wenden, die dem Zentrum angehören oder gegen das Zentrum selbst. Die Zentrumsbagatellen draußen im Lande treiben es ohne jede Rücksicht auf die Realitäten oftmals toll in der Bekämpfung der Sozialdemokratie wie der Demokraten. Wir brauchen nur an das Zentrum-Bahnhofstreffen erinnern: „Angen auf! Nicht Bauernfang! Kein Bauernhilfe!“ Die Herren Geistlichen Räte brauchen deshalb noch lange nicht gleich im Kanzelbonneten aufzubrechen, wenn wir in einer Frage, die eine Lebensfrage für die deutsche Republik werden kann, von der Regierung energig Aufklärung verlangen, unsummiert um die Tatsache, daß in ihr Zentrumsmitglieder sitzen. Wir würden uns, das dürfen die Herren schon glauben, uns mit der gleichen, nein, mit weit größeren Schärfe auch gegen sozialdemokratische Minister wenden, wenn wir glaubten, Grund zur Annahme zu haben, daß im Kampfe gegen die reaktionäre Gewaltpolitik nicht alles erforderliche auch rasch geschieht.

Im übrigen werden wir die ganze Angelegenheit aufs schärfste beobachten und — wenn nötig, rüchrisches das sagen, was uns zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Baden notwendig erscheint.

Badische Politik

Ein Blick an die falsche Stelle

Die deutschnationalen „Süddeutsche Zeitung“, die das Scheitern der Londoner Verhandlungen mit den für uns so verhängnisvollen Folgen mit den Worten „Es ist gut so“ begrüßt, hält es für zweckmäßig, die Forderung nach Eingetret des Volkes und folgende Äußerung zu „stöhnen“:

„Das badische Volk verflucht die Hand, die als Anfang alles Übels den Waffenstillstandsvertrag unterschrieb.“

Wenn auch bemutlich das Zentrum noch die entsprechende Antwort auf diese Herausforderung geben wird, so möchten wir doch betonen, daß das badische Volk, wohl unterrichtet darüber, welches die wirkliche Ursache alles Übels ist, die Hand der Generale verflucht, die durch ihre wahnsinnige Kraftvergebung des deutschen Heeres in ausschließlichen Offensiven dem deutschen Volk den Waffenstillstand auflösten, die Hand der Vaterlandsverräter verflucht, die erst dann die Hand zum Frieden bieten wollten, wenn sie die halbe Welt als Siegespreis zugeteilt bekommen hätten, die Hand der Abenteurer verflucht, die durch ihr jahrelanges Getöse und Geschrei es fertig brachten, die Hände der ganzen Welt gegen Deutschland zu erheben, so daß unser armes Volk jetzt mit seiner entsetzlichen Lage die Gläser zahlen muß, die die Hände dieser Herren zerklüften. Der Juch der „Süddeutsche Zeitung“ ist also an die falsche Stelle gerichtet und fällt voll und ganz auf seine Urheber zurück.

Zeitungsfüller

Um den für Gehe paraten Raum der „Süddeutschen Zeitung“ zu füllen, sucht dieses deutschnationalen Blatt täglich nach einem Objekt, das es demagogisch zurechtstufen kann. Mangels anderen Stoffes stürzte es sich dabei dieser Tage auf die Ernennung des Ministerialrats Dr. Paul zum Oberdirektor der Wasser- und Straßenbaudirektion, die es als „neuesten politischen Aufwandel“ bezeichnet — ohne daß auch nur ein Wort sich hierfür zur Begründung sagen ließe. Denn die Ernennung des Ministerialrats Paul steht allen politischen Fragen so fern als die „Süddeutsche Zeitung“ den fundamentalen Forderungen politischen Verantwortungsgefühls. Die Gehe des deutschnationalen Blattes richtet sich damit von selbst.

Demokratentag. Die ordentliche Landesversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Baden findet am 16. und 17. April in Freiburg statt. Auf der Tagung werden die geschäftlichen Angelegenheiten der Partei erledigt werden; außerdem sollen verschiedene wichtige politische Referate stattfinden. So soll der Reichswirtschaftsminister Dr. Geßler einen Vortrag halten.

Aus dem Lande

Mannheim, 12. März. Die Stadtverwaltung beabsichtigt, das domänenrechtliche Gut Sandtor östlich der Rheinbahn zum Zweck der Erschließung für Kleinrentnerliche Siedlungen zu erwerben. — Weiterhin hat der Stadtrat die Umgestaltung der Anlagen vor dem christlichen Hauptfriedhof als Reichsanstalt in Aussicht genommen. Der Aufwand hierfür beträgt nahezu 400 000 M.

Lehr, 14. März. Auf dem Wege nach dem Schüttersindenberg wurde in einer Hohlgrube ein älteres Fräulein von einem jungen Mann überfallen, der mit dem Handtäschchen flüchtete, dies jedoch fortwarf, da er das gewünschte Geld nicht darin fand. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Freiburg, 14. März. Ein Gambelsmann, der sich im vorigen Jahre im März hier an den Nichtstrafen teilhaftig hatte, war von der hiesigen Strafammer wegen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen des Urteils hatte der Verurteilte Revision beim Reichsgericht in Leipzig beantragt. Diese wurde verworfen.

Zur vernunftgemäßen Haarpflege gehört nach ärztlicher Ansicht das Kopfwaschen wenigstens alle 14 Tage. Nur dann wird das hässliche Fahlwerden der Haare vermieden. Keinwegs leicht ist es aber, unter den vielen Schampouen, das Gute und Richtige für sich herauszufinden. Deswegen große man ohne längeres Wählen zu dem altbewährten Herzzilien-Schampoo, das nach einstimmigem Urteil der Verbraucher vorzüglich schäumt und das Haar überraschend verschönert. Herzzilien-Schampoo enthält allein den echten Panamater, welcher den Haarboden desinfiziert und das Wachsen der Haare fördert. Das Päckchen kostet nur M. 1.— Ein Versuch damit wird auch Sie von der Güte überzeugen. Aber lassen Sie sich nichts anderes geben wie Herzzilien-Schampoo mit dieser Schutzmarke.



Heidelberg, 14. März. An die falsche Adresse geriet eine Bauerfrau, als sie am Marktplatz einen Kriminalwachmeister in Zivil fragte, ob er wisse, wer Butter und Eier ankaufe.

Freiburg, 14. März. Um den vielen unentschuldigten Abhängungen der Schüler vom Schulbesuch erfolgreich als bisher entgegenwirken zu können, hat der Stadtrat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, die die Gebühren für Mahlzeiten durch die Schulleiter von 20 Pf. auf 2-5 M. erhöht.

Kaiserslautern, 14. März. Der Stadtrat hat beschlossen, beim Bürgerausschuß einen Betrag von 18 500 M. anzufordern, um im Monat April den Theaterbetrieb fortzuführen zu können.

Von den württembergischen Grenzen, 14. März. Bei einem Brande in Lindenberg bei 24 Höfen in Württemberg ging das Anwesen des Margenbauers in Flammen auf.

Stadach, 12. März. Durch Feuer ist in Hoppetenzell die Scheune des Landwirts Zumelle vollständig zerstört worden.

Aus der Stadt

Geschichtskalender

15. März, 1890 * Der Dichter Paul Hefse in Berlin. — 1890 Internationale Arbeiterkonferenz in Berlin. — 1920 Straßentämpfe in Berlin, Dresden, Leipzig usw.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Rühlmann. Am Donnerstag abend punkt 7 1/2 Uhr findet im „Eichhorn“ ein öffentlicher Vortrag statt.

Heber Arbeiterdichter

Der Abend, den der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei am Freitag in der Festhalle veranstaltet wird, wird der Karlsruher Arbeiterdichterschaft Gelegenheit geben, jenen Teil der deutschen Dichtung kennen zu lernen, der stofflich und geistig herausragend ist aus der Ideemwelt des Sozialismus.

So werdet sich dieser Abend an alle Arbeiterdichterschaft und an alle, die mit der Arbeiterdichterschaft sich eins wissen in dem Willen, der diese Welt kapitalistischer Entfesselung überwindet.

Der Verfasser bringt nicht fesselnd Anstand und Ehrgefühl auf, um seine unwahren Angaben in dem Brief an den „Sehr geehrten Herrn Käß“ richtig zu stellen und seine verlogenen Behauptungen zurückzunehmen.

Deutschnationales in einer ärztlichen Fachzeitschrift. In Nr. 4 der „Ärztlichen Mitteilungen aus und für Baden“ (Schriftleitung Dr. Bangart in Karlsruhe) ist auf S. 39 eine Nachricht, daß der deutschnationale Arzt Dr. Bauer in Gmündingen wegen seiner politischen Gesinnung gemeldet worden sei.

Die Kurpfänder.

Der Blasbalgretzer an der Kirchenorgel meinte nach dem Feiertagsdienst gütlich: „Heute haben wir mal schön gespielt.“ Und der Gerichtsdienst übertrumpft ihn stolz: „Gestern haben wir 10 Schieber verurteilt.“

Wenn der Kritiker mit den unreifen Tönen diejenigen meint, die das Volk ins Elend gestürzt und zur Verzweiflung getrieben haben, dann trifft er das Richtige.

Der Verleger und Schriftsteller „Dr. Dittler“ aus Müppur bringt nicht fesselnd Anstand und Ehrgefühl auf, um seine unwahren Angaben in dem Brief an den „Sehr geehrten Herrn Käß“ richtig zu stellen und seine verlogenen Behauptungen zurückzunehmen.

Die Ein- und Verkaufsgenossenschaft Badischer Blinder. G. m. b. H. in Karlsruhe hielt am verflorenen Sonntag, den 6. ds. Mts. im Saale des Gasthauses zum „Goldenen Adler“ ihre jahungsgemäße Generalversammlung für das Jahr 1920 ab.

Die Organisation Mittel die Eltern der Lehrlinge, ihr etwa vorzunehmende Schwerearbeiten zu melden, welche dann für Abhilfe Sorge tragen wird.

Karlsruher Konzertwoche. Das Große Konzert der Karlsruher Sängervereinigung hatte am Samstag die Festhalle bis zum letzten Platz gefüllt.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Zum ersten Mal: „Madame Legros“. Drama von Heinrich Mann.

Es liegt zum mindesten eine Einseitigkeit in dem Wort Richard Wagners, deutsch sein, heiße eine Sache um ihrer selbst willen tun.

Heinrich Mann, dessen Romane keinen ungetrübten Genuß bereiten, hat in zwei wundervollen Alten Kampf und Sieg des Gerechtigkeitsfinnes hinreichend geschildert, und sein Drama wäre ein erstklassiges Meisterwerk geworden, wenn es dem Dichter gelungen wäre, den Reiz vollständig zu runden.

arbeit, und die Darsteller folgten verständig den dahin zielenden Intentionen des Spielleiters. Frau Ermath ließ der Madame Legros den ganzen Panatismus von ihrer Idee befreiten effizienten Person, und die bald eintretende Klarheit ihrer Stimme schädete hier durchaus nicht.

Auf die Gefahr hin, daß die inhaltliche Originalität von folgendem in Frage gestellt wird, sei festgesetzt, daß am Freitag abend in der Vorstellung von „Martha“ die Karlsruher über einen Oberlehrer abstimmen sollten; Wilhelm Neunzig aus Gmein, also wenigstens der Station nach aus dem Abstammungsgebiet, bewarb sich als Lenzel um das Hoch des lyrischen Genies.

heimer Sängerin Irene Eden eine besondere Note. Eine Abwechslung, auch in einem Fach, durch dessen Vertretung man bevorzugt ist, schadet oft gar nichts, besonders bei einer so reifen Darstellerin; der Gesang dieser Martha entsprach ganz dem vorzüglichen sonstigen Habitus.

(Schluß folgt.)

Verammlung der knologischen Vereine. Am Mittwochabend hielten die hier bestehenden knologischen Vereine eine gemeinsame Sitzung ab, um gegen die hier & St. bestehende Hundebörse Stellung zu nehmen. Nach kurzer Darlegung der Verhältnisse durch den 1. Vorsitzenden des Vereins der Hundezüchter wurde beschlossen, in den Zeitungen eine Erklärung der Vereine zu veröffentlichen, daß sie mit der Hundebörse, als den sportlichen Grundzügen zuwiderlaufend, nichts zu tun haben und die Vereinsmitglieder vor dem Besuch derartiger Veranstaltungen zu warnen.

Lebensmüde. Der 76jährige Pensionär Heinrich Schwaner, der früher in Weihenburg wohnte und von den Franzosen ausgewiesen worden war, wanderte noch einmal nach Weihenburg und machte dort auf dem Grabe seiner Gattin seinem Leben ein Ende.

Kleine Nachrichten

Heilbronn. Ein schreckliches Familiendrama hat sich hier abgespielt. Die Frau des Postbeamten Benzler, die seit einem Jahr Spuren geistiger Trübung zeigte, hat in Abwesenheit ihres Mannes ihren drei Kindern im Alter von zwei, 5 und 10 Jahren die Kehle durchgeschnitten und sich dann selbst das Leben genommen.

Berlin. Die bisher im Zusammenhang mit dem Dynamitattentat auf die Siegesallee erfolgten Zeugenvernehmungen haben keine neuen Momente ergeben; für die Aufklärung des Verbrechens und die Feststellung der Täter sind 25000 M. Beschlagnahme ausgelegt.

Berlin. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Königsallee meldet, wurde im Walde von Parochowich der deutsche Abstammungspolizeihauptmann Guschin erschossen. Er befand sich auf der Fahrt durch den Wald gemeinsam mit einem französischen Hauptmann und einem englischen Begleitoffizier bei der Kreiskontrolle in Ahnbit.

Berlin. In Wlaskowich kam es im Anschluß an eine polnische Versammlung zwischen der Abstammungspolizei und Polen zu einer Schießerei, in deren Verlauf mehrere Personen getötet wurden, davon zwei Abstammungspolizeibeamte, und sechs wurden schwer verletzt.

Jüterbog. Eine der beiden Luftschiffhallen bei Niederbarnsdorf ist gestern nachmittags 1/2 Uhr während der Abmontierungsarbeiten zusammengebrochen und begrub die dabei beschäftigten Arbeiter unter sich. Fünf Arbeiter wurden getötet, sieben schwer verletzt.

Böhmum. Das Schwurgericht beurteilte gestern nach sechsstündigen Verhandlungen den Mechaniker Feing Gensler aus Gelsenkirchen, den Arbeiter R. Mey aus Böhmum und den Schlosser Hans Hefling aus Rarl bei Reddinghausen wegen Mordes, verurteilte Mordes und schweren Raubs zum Tode, ferner den Kaufmann August Gensler aus Gelsenkirchen wegen Beihilfe zum Raubmord zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Die Angeklagten hatten den Zechenwagen der Jede Emder-Lippe in Erkens-

ward, der eine Lehnsumme von 180000 M. enthielt, betraubt und drei Zechenbeamte getötet und einen schwer verletzt. Hamburg. Am Sonntag nachmittag wurde der Chinese Chin Jar, Besitzer einer Wäscherei in Hamburg, ermordet und beraubt aufgefunden. Er war am Samstag mit chinesischen Freunden zusammen in einem Kellerlokal, das er als Lager-raum gemietet und als Opiumbühne eingerichtet hatte. Er hatte Samstag in Kiel gewonnen. Darauf wurde Opium geraucht. Die Täter benutzten diesen Zeitpunkt, um ihn zu überfallen.

London. Der Times wird aus Peking gemeldet: Mehr als 2000 Personen sind im vorigen Monat in Weichina an der Pest gestorben. Die Epidemie dehnt sich weiter aus und macht sich bereits 100 Kilometer südlich von Tientsin bemerkbar. So sind in einem Dorfe mehr als hundert Todesfälle vorgekommen.

Letzte Nachrichten

Das Urteil im Aulok-Prozess

BRN. Breslau, 14. März. Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts fällte das Urteil gegen die im Aulok-Prozess Angeklagten. Der Ledwikel Walter wurde zu 3 1/2 Jahren, Oberjäger Widup zu 4 Jahren, Unteroffizier Grotta zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Das Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten

BRN. Madrid, 14. März. Der Anarchist Mateo wurde auf eine Anzeige seiner Witwe hin verhaftet. Die Polizei fand bei dem Anarchisten eine Selbstmordpistole mit 24 Schüssen. Mateo gab die Namen seiner Spiegelkessel an, nämlich Ramon Rajanova, der das Motorrad leuerte und Leopold Robis. Letzterer war erst in der dem Anschlag vorhergehenden Nacht mit der Eisenbahn eingetroffen. Mateo erklärte er sei kein Syndikalist, sondern Anarchist, und beauftragt das Verbrechen begangen zu haben um für die Genossenschaft und Unterdrückungen, denen einige sozialistische Elemente zum Opfer fielen, Vergeltung zu üben. Man fand bei ihm 1000 Pesetas in bar und einen Scheck über 5000 Pesetas.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 15. März 1921

In der Reihe des russischen Hochdruckgebietes dauert das meist heitere, trockene Wetter an. Das Tiefdruckgebiet über den Britischen Inseln sendet ein Ausläufer über die Westküste Deutschlands herüber, aber nur vereinzelt Niederschläge bringen wird.

Vorausichtliche Witterung bis Mittwoch nacht: Heiter oder schwach bewölkt, meist trocken, ziemlich mild.

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 18, gef. 2; Reß 114, gef. 7; Wagar 255, gef. 0; Mannheim 142, gef. 1 Zentimeter.

Warent-Bericht vom 15. März

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 947 Cts. Auszahlung Holland notierte 2153 M per 100 Gulden; Schweiz notierte 1050 M per 100 Sch. Fr.; England notierte 244.75 M per 100 Sterl.; Frankreich notierte 4.43 M per 100 Fr.; New York notierte 62.50 M per Dollar.

Schrittsetzung: Georg Schmitt. Verantwortlich für Artikel, Voltrische Lebericht und Legie Nachrichten Hermann Kabeit; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Vortet, Gerichtssetzung und Heutliche Vermonn Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Mundschau, Genof; fenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Viteles; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Wils in 4 Zeilen 20. 1.20 die Zeile
Wils in 2 Zeilen 30. 1.50 die Zeile
(Veranlagungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

Vereinsanzeiger

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Am Donnerstag, 17. März, abends 7 Uhr, Vertreter-Versammlung im Saale des „Roten Kreuzes“, Stefanienstraße 74, G. 2. St. Tages-Ordnung: 1. Bericht von der Landeskonferenz in Offenburg. 2. Stellungnahme zum Eigenwohnungsbaue. 3. Reiseleiter. 4. Mittellungungen. **Die Kommission.** **Karlsruhe.** (Vorbinder-Vorband.) Mittwoch abend 5 Uhr in der „Kronenhalle“ Versammlung mit Vortrag von Frau Sandtagsabg. Fischer über „Die Frau und der wirtschaftliche Kampf“. Einen möglichst zahlreichen Besuch, hauptsächlich der Kolleginnen ermahnt. **3201 Die Ortsverwaltung.** **Mannheim.** (Sozialdem. Verein.) Heute Dienstag abend 1/8 Uhr im „Schwanen“ Monatsversammlung mit Vortrag.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geschließungen. August Frank von hier, Wechner hier, mit Hilda Gerlach von hier. Karl Kuhn von Heidelberg, Eien-dreher hier, mit Ida Kunen von Glarus. Friedrich Schleifer von hier, Gendredler hier, mit Elsa Schmidt von Hagsfeld. Carl Bahmannsdorf von Heidelberg, Kaufmann hier, mit Maria Müller von Mühlheim. Ferdinand Dellippi von Strempt, Schlosser hier, mit Marie Parr Witwe von Weinsberg. Josef Bibl von hier, Kochbunwerter hier, mit Maria Dörr von Simmetshausen. Philipp Blum von Durlach, Fuhrmann hier, mit Karolina Glahner Witwe von hier. Pius Holl von Oberbretzingen, mit Mathilde Krüner von hier. Franz Gahmann von Freiburg, Hauptlehrer in Oberharmerbach, mit Hedwig Krausmann von hier. Heinrich Döhlinger von hier, Buchhalter hier, mit Marie Spring von hier. Alfred Goldschmidt von Durlach, Schlosser, mit Maria Kraft von hier. Bernhard Giffner von Muntz, Jugenmeister hier, mit Magdalena Frech von Königshausen.

Todesfälle. Erta, alt 8 Monate 15 Tage, V. Wilh. Seitel, Seffelmacher. Fridolin Langenhein, Witwer, Wajch-Abt., alt 69 Jahre. Zeita, alt 6 Monate 20 Tage, Vater Rubin Sengew, Kaufm. Sofie Orth, ledig, Priv., alt 69 Jahre.

Städt. Ausstellungshalle

Großer Ausverkauf

wegen vollständiger Auflösung der Städt. Bekleidungsstelle.

Zu nochmals ermäßigten Preisen empfehlen wir für das Frühjahr:

- Kinderstiefel** Segeltuch, braun mit Leder- sohlen Gr. 27/35 45.- u. 53.-
- Kinderstiefel** Kalbleder braun, beltes Fabrikat Gr. 27/35 95.-, 115.-, 130.-
- Kinderstiefel** Kuhleder schwarz, prima Ausführung Gr. 27/35 75.-, 85.-, 95.-
- Herrenstiefel** dauerhaftestes Fabrikat sehr preiswert
- Knaben-Strickanzüge** famungarn-plattiert un- verbülllich im Tragen 145.-, 165.-, 195.-
- Konfirmanden-Anzüge** in großer Auswahl blau u. schwarz 225.-, 180.-
- Männer-Anzüge** dreiteilig in guiter Verarbeitung 250.- bis 550.-
- Männerhosen** Wuxlin und blaue Schloßerhosen 50.-, 60.- und 68.-

Verkauf täglich ununterbrochen von 8 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags in der Neuen Städt. Ausstellungshalle (gegenüber Festhalle) Eingang von der Gartenstraße.

Anfertigen u. Ausarbeiten von **Polstermöbeln, Zimmertapezieren, Vorhänge aufmachen** bei billiger Berechnung empfiehlt sich **Lapetiergeschäft, E. Schner, Rühlburgerstr. 23.**

Bilder mit Rahmen, große Auswahl, billig, 2186 **Schlafers Kunsthandlg., Kaiserstraße 38.**

Süde Bandläge gebt. 60-80 cm. Preisangeb. **H. Schumann, Zacher-straße 8, V. St. 3211**

Dom Vater zum Kämpfer

Größe u. fester, aber immer von rühmlichem Ruhm, von hohem Summe vorzügliches Schilberzeug einer Preisgekrönten **Preis 6.- Mark + 20% Anfertigungsgelbes**

Volksbuchhandlung Karlsruhe, Welfenstr. 16.

dem Milchverkäufer eine unzulässige Behandlung der Milch oder andere Verhältnisse gegen seine Obliegenheiten nachgewiesen werden oder wenn sonstige Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Milchverkäufers dartun. Das Milchamt übt die Aufsicht und Kontrolle über die Milchverkäufer aus. Die Milchverkäufer sind an die allgemeinen und besonderen Bestimmungen des Milchamts gebunden.

§ 5. Die vollmilchberechtigten Haushaltungen zerfallen in Reihe A und B.

Zur Reihe A gehören:

- a) Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr, soweit sie nicht gestillt werden, die stillenden Mütter für jeden Säugling mit einem Anspruch auf täglich 1 Liter,
- b) Kinder im 3. und 4. Lebensjahr, die schwangeren Frauen für 3 Monate vor der Entbindung mit einem Anspruch auf täglich 1/2 Liter,
- c) Kinder im 5. und 6. Lebensjahr mit einem Anspruch auf täglich 1/2 Liter,
- d) Kranke Personen auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nach Maßgabe der vom Ministerium des Innern aufgestellten Richtlinien mit dem durch den städtischen Vertrauensarzt als berechtigt anerkannten Anspruch. Der Stadtgemeinde steht jederzeit das Recht zu, Krankenmilch beanspruchende oder beziehende Personen einer Nachuntersuchung durch den städtischen Vertrauensarzt unterziehen zu lassen. Ergibt die Nachuntersuchung, daß ein Anspruch auf Krankenmilch nicht besteht, so können dem Antragsteller die Kosten der Nachuntersuchung auferlegt werden.

Zur Reihe B gehören:

- a) Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres,
- b) Personen im Alter von über 70 Jahren.

Die Angehörigen der Reihe B erhalten, soweit die verfügbare Menge ausreicht, Vollmilch im Höchstbetrage von 1/2 Liter täglich auf den Kopf, ohne jedoch auf den Bezug dieser Menge einen Anspruch zu besitzen.

Magermilch erhalten nach Maßgabe der täglich verfügbaren Menge solche Personen, die keine Vollmilch beziehen, jedoch nicht mehr als 1/2 Liter auf den Kopf.

§ 6. Jedem Milchverkäufer wird vom Milchamt ein bestimmter Stadtbezirk zugewiesen, innerhalb dessen er alle vollmilchberechtigten Haushaltungen mit Milch zu versorgen hat. Die Versorgung hat an der Hand von Kundenlisten zu geschehen, die dem Milchverkäufer durch Vermittlung des Milchamts zugestellt werden. Die Kundenliste (Zettelbuch) enthält die Zahl und den Namen der zu versorgenden Haushaltungen, unter Angabe der Zahl der zum Haushalt gehörenden Personen und der Menge Vollmilch der Reihe A und B, welche dem Haushalt zutonnen. Der Milchverkäufer erhält von der Sammelstelle aus täglich die Menge Vollmilch, die er zur Versorgung der vollmilchberechtigten Haushaltungen seines Bezirkes benötigt. Reicht die Milch nur zur vollständigen Beflieferung der Reihe B aus, so wird in der Beflieferung der Milchverkäufer mit Milch der Reihe B abgewechselt. Ein Milchverkäufer, der an einem Tage nicht mit Milch der Reihe B befestert wird, erhält vom Milchamt eine auf diesen Tag lautende Bescheinigung, die er als Ausweis bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen muß. Der Milchverkäufer ist verpflichtet, sich in der Beflieferung seiner Kundenliste strengstens an die Anordnungen des Milchamts zu halten.

§ 7. Die Milchverkäufer haben die Milch den vollmilchberechtigten Haushaltungen bis vor das Haus zuzuführen, soweit nicht das Milchamt für einzelne Bezirke nach Änderung der Versorgungsberechtigten dieses Bezirkes eine andere Art der Ausgabe ausbrüchlich zugelassen hat.

§ 8. Jede bezugsberechtigte Haushaltung kann die ihr zustehende Milch nur vom Milchverkäufer erhalten, in dessen Bezirk sie wohnt. Umfahrungen zu einem anderen Milchverkäufer sind nur im Falle eines Wohnungswechsels zulässig.

§ 9. Wer hier zugiebt und als vollmilchberechtigter Milch beziehen will, hat die Meldestelle anzumelden. Wer hier wezieht, hat sich ebendasselbst für den Bezug von Milch abzumelden. Das gleiche gilt, wenn für einzelne Angehörige eines Haushalts die Bezugsberechtigung für Vollmilch bis zu Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder aus sonstigen Gründen vermindert oder wegfällt.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Karlsruhe, 8. März 1921. 638
Stadtrat.

Die öffentliche Ziehung der im Jahre 1921 planmäßig heimzugehenden Schuldverschreibungen der Stadt. Ansehen von 1886, 1889, 1893, 1897, 1900, 1902, 1903 und 1907 findet Mittwoch, den 20. April 1921, vormittags 1/2 Uhr im großen Rathsaussaal statt. 629
Karlsruhe, den 10. März 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Milchordnung der Stadt Karlsruhe.

Auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 26. November 1917, die Versorgung mit Milch und Speisefetten betreffend, wird unter Aufhebung der Bekanntmachung des Stadtrats vom 17. Dezember 1916 für den Bezirk der Stadt Karlsruhe mit sofortiger Wirkung folgende **Milch-Ordnung** erlassen.

§ 1. Hauptmilchsammelstelle für den Bezirk der Stadt Karlsruhe ist die städtische Milchsammelstelle. Der Stadtrat kann andere Milchsammelstellen als Nebenstellen einrichten oder anerkennen. Die Anerkennung kann im öffentlichen Interesse jederzeit widerrufen werden.

Ueber die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Haupt- und Nebenmilchsammelstelle und die zur Einheillichkeit des Betriebs erforderlichen Maßnahmen trifft das städtische Milchamt Bestimmung.

§ 2. Wer Vollmilch oder Magermilch in das Gebiet der Stadt Karlsruhe einführt oder von außerhalb dieses Gebietes bezieht, oder wer im Gebiet der Stadt Karlsruhe Milch erzeugt, hat die eingeführte oder erzeugte Menge Milch nach näherer Bestimmung des städtischen Milchamtes an die Milchsammelstelle abzuliefern und ihr gegen Entschädigung zu überlassen.

§ 3. Das städtische Milchamt regelt die Verteilung der Milch von der Sammelstelle aus an die vollmilchberechtigten Haushaltungen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der vom Stadtrat zu erlassenden Vollzugsbestimmungen. Keine Haushaltung ist ohne Genehmigung des Milchamtes berechtigt, auf anderem Weg als von der Sammelstelle aus Milch zu beziehen.

Wer ohne landwirtschaftlichen Betrieb durch eigene Kuhhaltung seinen Haushalt mit Milch selbst versorgen will, hat dies dem Milchamt anzuzeigen.

§ 4. Mit der Verteilung der Milch von der Sammelstelle aus an die vollmilchberechtigten Haushaltungen sind die Milchverkäufer beauftragt. Als Milchverkäufer sind auf Antrag alle berechtigt mit der Milchverteilung beauftragten Milchhändler zuzulassen, soweit sie sich nicht als unzuverlässig erwiesen haben. Ueber die Zulassung entscheidet das Milchamt, vorbehaltlich der Beschwerde an den Milchamtsrat. Die Zulassung kann jederzeit widerrufen werden, wenn

Arbeiter-Bildungs-Ausichub Rehl.

Mittwoch, den 16. März 1921, im Schiffsaal

Lichtbilder-Vorträge

nachmittags 4.30 Uhr. Eintritt 0.50 Mk.

I. Eine Reise durch Europa.

II. Aus der Märchentwelt.

Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Abends 8 Uhr Eintritt 1.50 Mk.

„Der Mensch in der Vorzeit“

Vortragender: Herr Direktor Richard Rahn.

Vorberauf findet durch die Vertrauensleute der angegliederten Organisationen und in der Verkaufsstelle des Konsumvereins, Alte Poststraße, statt. 3206 Die Zeitung.

Bruchsalter Anzeigen.

Ab Dienstag, den 15. März wird bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmärkte März 21, Abschnitt I für Küchen und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:

bei Straßer u. Heberbusch an die Kunden von Nr. 154 bis Nr. 347 je ein Zentner Braunkohlenbriketts und ein Zentner Eisinkohlen.

bei E. Kuhn an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 288 je ein Zentner Braunkohlenbriketts und ein Zentner Eisinkohlen.

Das Brennmaterial muß bis zum 23. März abgeholt sein, andernfalls daselbe an weitere Kunden abgegeben wird. Angeichts der schwierigen Kohlenlage wird sofortige Abnahme der aufgerufenen Mengen empfohlen, da eine nachträgliche Lieferung nicht stattfinden kann.

Bruchsal, den 14. März 1921. 637
Christophenstraße Bruchsal.

Textilwaren. Schuhwaren. Total-Ausverkauf.

Infolge Beschlusses unseres Gesamtschusses ist unser Textilverkauf wegen Aufgabe des Artikels schnellstens zu räumen. Wir geben unsere Bestände zu außerordentlich herabgesetzten Preisen an unsere Mitglieder ab und empfehlen von dieser seltenen Gelegenheit rasch und ausgiebig Gebrauch zu machen. In Frage kommen besonders

Prima Herren-Anzüge, Arbeitskleider, Damenblusen, Zeitf- und Flanellhemden, Strümpfe und Socken, Shirting-Hemden, Unterkleider, Schuhwerk aller Art.

Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder zum Besuche unseres Lagers ein.

Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe

Sauterbergstraße 3 (Eingang durch den Hof).

Textilwaren-Abteilung.

Verkaufszeit von 8-12 und 2-6 Uhr

Samstags von 8-1 Uhr.



Größtes Lager :: Mässige Preise
Rudolf Vieser
Kaiserstrasse 153.

Günstige Kaufgelegenheit!

Wegen Geschäftsveränderung gewähre auf

20% Regenschirme 20% Spazierstöcke 20% Strickkrawatten

Schirme werden schnell und preiswert repariert und überzogen.

L. Müllers Schirmfabrik

Herrenstr. 20 Karlsruhe Herrenstr. 20.

ganz oben

auf der Stufenleiter der Qualität steht der altbewährte Schuhputz

Pilo

Hersteller:
Adolf Krebs
Mannheim.

Verlangen Sie überall Pilo-Extra (friedensmässig hergestellt.)

Dünger-Kalk
in Säcken abzugeben.
Goethestraße 20.

Möbel

Chaiselongue mit oder ohne Decke
Kurgarderoben
Küchenschrank
Schlafzimmer
Wäschekabine
Schreibische
Kranzschiff
Billard
Schauelstahl
und sonstige gut erhaltene

Möbel

Nieger, Ritter-
Nieder, str. 34

Baden-Baden.

(Rom 10. 8. 1921.)

Kleinbrot.

Aufgrund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 10. 2. 1921 Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 betr. darf aus Wehl gleicher Mischung, wie dies für Großbrot verwendet wird, Kleinbrot in länglicher Form und im Gewicht von 100 Gramm (sogenannte Tafelbrötchen) hergestellt werden. Der Preis für ein Stük dieses Kleinbrotes wird im Vernehmen mit der Bäckerei mit sofortiger Wirkung auf 80 Pfennig festgesetzt.

Der Stadtrat.

Zwiebad- und Krankenbrotverkauf betr.

Am Montag, den 14. März 1921 findet der Zwiebad-, Krankenmehl- und Krankenbrotverkauf in folgenden Bäckereien statt:

- a) Krankenbrot und Krankenmehl bei:
Bädermeister Erb, Strobel, Stefanienstr. 52
Jof. Kay, Steinstr. 9
Theob. Müller, Seelachstr. 2
Edw. Müller, Gr. Dollenstr. 34

Der Preis für 1 Pfund Weizenmehl beträgt 1,20 M.

Der Preis für 1 Krankenbrot (225 Gramm) beträgt 90 Pfennig.

b) Zwiebad in sämtlichen Bäckereien zum Preise von 1,40 M. pro 100 Gramm-Paket.

Städtisches Lebensmittelamt Baden-Baden.

Straßen- und Bergbahn.

Am 16. ds. Mts. tritt der Sommerfahrplan der Straßen- und Bergbahn in Kraft. Die vom genannten Tage ab gültigen Fahrpläne sind seit heute im Aushangkasten des städtischen Verkehrsamts am Neopolderplatz angehängt. Am 16. ds. Mts. erfolgt der Aushang an allen übrigen dafür bestimmten Stellen. Fahrpläne werden im Verkehrsamt (Augustplatz 1), bei der Bahnhofsstelle der Stadtkasse in Vichtenal und im Verkehrsamt (Zimmer 16) kostenlos abgegeben.

Betriebsamt.

Monats-Versammlung

im Hotel Baldreit.

Ortsgruppe Baden-Baden.

Rastatter Anzeigen.

Der Gemeinderat hat gemäß §§ 2 ff. der Feuerlösch-Ordnung für die Stadt Rastatt vom 28. Oktober 1873 im verfloffenen Jahre bestimmt, daß die Jahrgänge 1892, 1898 und 1904 der freiwilligen Feuerwehr als Hilfsmannschaft beizutreten haben, ferner, daß jeweils am 1. April der älteste Jahrgang ausscheidet und an seine Stelle der nächst jüngere Jahrgang in die Hilfsmannschaft einzurücken hat. Demgemäß wird der Jahrgang 1892 auf 1. April ds. Js. aus der Hilfsmannschaft ausscheiden und an seine Stelle der Jahrgang 1905 einrücken.

An alle männlichen Personen, welche i. J. 1895 geboren sind und hier ihren Wohnsitz haben, richten wir hiermit die Aufforderung, sich bis spätestens Montag, den 21. März ds. Js. abends 6 Uhr auf dem Rathaus Zimmer 11 zur Hilfsmannschaft der Freiwilligen Feuerwehr anzumelden.

Nach § 8 der Feuerlösch-Ordnung sind sämtliche arbeitsfähigen männlichen Einwohner zum Eintritt in diese Hilfsmannschaft verpflichtet. Wegen Krankheit oder sonstiger Gebrechen kann der Gemeinderat Befreiung gewähren, doch hat für alle Fälle Anmeldung zu erfolgen. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Feuerlösch-Ordnung werden mit Geld bis zu 50 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Rastatt, den 8. März 1921.

Das Bürgermeisteramt.
K e n n e r.

Wir sind wiederum in der Lage eine Sendung Papier zur Verteilung zu bringen.

Desbezügliche Anmeldungen hiesiger Pflanzhalter werden auf Zimmer 17 entgegen genommen und zwar bis Freitag, den 18. ds. Mts. Spätere Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Rastatt, den 14. März 1921.

Für den Hausputz:

- Eimer, verzinkt, 28 cm . 17.75
- Eimer, Emaille, 28 cm . 18.75
- Washkessel, 34 cm . 41.75
- Washkessel, 36 cm . 45.00
- Wannen, verz. oval, 70cm . 65.00
- Wannen, verz. oval, 75cm . 75.50
- Kerichteimer, verz. mit Deckel 47.00 41.75
- Kehrichtschaufler 10.95
- Emaille, grau 17.50
- Fensterleder 2.50
- Kernseife 4.25
- Soda 65 Pfg.
- Thompsons Seifenpulver-Persil
- Waschbürsten 1.95
- Scheuerbürsten 2.75
- Schrubber 5.25
- Staubbesen Rosshaar 25.00 18.75
- Handbesen Rosshaar 12.50 8.75
- Besen Cooco 6.50
- Teppichbesen 11.50 10.75
- Teppichklopper 6.75 2.75
- Staubwedel 6.50 4.95
- Bohnerschubber von 54.- an
- Bohnerwachs 5.00
- 1 Pfund-Dose 9.75
- Fußbodenlack, hell und dunkel 20.00
- Scheuertücher etc.

KNOPF

Kragen

-Wäscherei Schorpp

liefert schnellstens
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstraße 8
Kaiserstr. 34 u. 243
Gervigstraße 46
Amalienstraße 15
Waldstraße 64
Wilhelmstraße 32
Augustastr. 13
Schillerstraße 18
Kaiserallée 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach:
Hauptstr. 15.

Militärmäntel

feldgr. u. bl. Wäde, lange u. Weithosen, einige gut erhalt. Friedensanzüge u. Nebengeräte a. f. Jünglinge, einige schöne D. Kleider, gut erh. D. u. S. Kleider u. Schuhe, versch. weiche S. Hüte u. J. in der, sehr billig abzugeben
Sphenwienstraße 32, II. Etage, Tel. 3218

Schuhmacher!

Schwarz, Rindox, erste Sorte, zu Mark 17.-, bei Kundenbef. Probehäute gegen Nachnahme. Scherwiese, Badstraße 10, Sandau (Walg.).

Für Wolfartswiese suchen wir auf 1. April
Zeitungsverleger (in)
Schwerder wollen sich bei Herrn
Josef Reich melden.
Verlag des Volksfreund.

Wilhelm Wolf jr.

Kaiserstr. 82a KARLSRUHE Ecke Lammstr.

Tuch-Grosshandlung

verbunden mit Detail-Verkauf empfiehlt

Erstklassige Rheinische und Cottbuser Anzugstoffe zu mässigen Preisen.

Telephon 1028. Gegründet 1888 Tel.-A.: Tuchwolf.

Unter- Nähmaschine
sehr preiswert zu best. zu erfragen unter Nr. 3210 im Volksfreundbüro.

Wettewagen

für Gartendieser, mit guten Effenschlägen, sol. und stark gebaut, billig zu verkaufen.
3212 Hebelstraße 18, IV r.

Kinderwagen

blauer Kastenwagen, wie neu, zu Ausnahmungspreis abzugeben.
Waldhornstr. 52, III r.

Kaffat. Kaffat.

aus Verkauf von Alt- u. Möbel
Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3, Dreherstr. 3

Für Krätze

Salbe, hilft nach Eingebung ganz entsetzt jucken, kein Hautjucken mehr. Büchle 9 Mt. Nachnahme. Hansdorf, Dresden, Palmstraße 11.

Lehrstellen

für
Knaben u. Mädchen
bitten wir jetzt schon
anzugeben.
Städtisches Arbeitsamt
Jählingerstraße 100. — Fernsprecher 5270/74.

Hausfrauen!

Schönet Eure Wäsche
und verwendet Gebr. Haas'
Wälchestolz
in altbekannter Qualität.
Überall zu haben.

Pfannkuch & Co.
Corned beef
 1/2-Pfund-Dose
 engl. **6.75**
 Mark
 im Aufschnitt
 1/2-Pfd. **2.25**
 Mark
 Original-Dose
 6 Pfund, englisch
48.50
Pfannkuch & Co.

**Haarspangen
und Pfeile**
 werden repariert und
 neu aufpoliert
 bei **2461**
H. Bieler
 Kaiserstraße 223
 zwischen Douglas- u.
 Hirschstraße.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe
 Mittwoch, den 16. März, abends 7/8 Uhr,
 im „Eisbuden“, Kaiserstraße
Allgem. Mitglieder-Versammlung
 Tagesordnung:
 „Sinn und Wirkung der deutschen
 Revolution 1918“.
 Referent: Genosse Hauptlehrer Haebler-Erdelshelm.
 Wir laden die Genossinnen und Genossen zu
 zahlreichem Besuche freundlich ein. **3158**
 Der Vorstand.

Direkt aus Oelmühle!
 Frisch eingetroffen:
 Prima Rapsöl Mk. 19.—
 Prima Mohnöl Mk. 23.—
 anerkannt beste Qualitäten, kussorst
 fettreich und sparsam im Verbrauch.
 Niederlagen: **3182**
E. Hanfmann, Morgenstrasse 3
M. Dehmer, Zähringerstrasse 64.

Tatsache
 ist es, dass alle
**zerrissenen Strümpfe
 tadellos erneuert**
 werden in der Strümpferneuerungs-Anstalt
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.

**Schreiben Sie
schlecht,**
 dann verbess. Sie doch
 Ihre Handschrift
 durch den bekannten
 Spezialisten **F. Buck,**
 Karlsruhe, Lessing-
 str. 78. (Honorar 36 M.)
 Tages-u. Abendkurse
 Deutsch, Latein, Rund-
 schrift. — (Auswärts
 brieflich!) **3184**

Pfannkuch & Co.
**Gezuckerte
Kondens-
Milch**
 Vollmilch
 Dose **8.75**
 Mark
 Gezuckerte
**Kondens-
Milch**
 entrahmt
 deutsches Fabrikat
 Dose
 Mark **6.50**
Pfannkuch & Co.

Die
Frühjahrs-Neuheiten
 in Kleiderstoffen
 und Damenkonfektion
 sind
 in reicher Auswahl eingetroffen.
W. Boländer

Neue 2874
Rücheneinrichtungen
 Blech, Gredel, Tisch,
 2 Koffer, eichen, bisch od.
 wechschelbar für 955 Mk.
 zu verkaufen 2. Gest.
 Rappberrstr. 24 a 4. St.

Umformen von Damenhüten
 auf neueste Formen
Geschwister Gutmann
 Ecke Kaiser- und Waldstraße. **3102**
 frühzeitige Bestellung im Interesse sorgfältiger Bedienung erbeten.

**Vier Serien
Damen-Trikot-
Handschuhe**
 auf Sondertischen im Parterre ausgelegt **3199**

Serie I kräftige Qualität, mit 2 Druck- knöpfen	Serie II Uebergangs-Qualit. mit 2 Druckknöpfen schwarz, weiss farb.	Serie III solide Qualität mit weisser Kappe, 2 Hornknöpfe	Serie IV 2 Druckknöpfe Leder imit. farbig und weiss
Paar 5.25	Paar 10.00	Paar 12.50	Paar 17.50

Damen-Jacken und Jumpers
 letzte Neuheiten, sehr preiswert

TIETZ

Konzerthaus. **625**
 Dienstag, 14. März, 7-9 1/2 Uhr: **Volkshöhle**
 „Die Stützen der Gesellschaft“

Beseitigung der Mutterschaft
 von Frauenarzt Dr. med. Zickel, M. 6.—
 215 diskrete Antworten
 auf vertrauliche Fragen. Brosch. M. 15.—
 gebd. M. 19.20. — **Buchversand Matthes,**
 München 8, Baaderstrasse 3. 409

Einkaufsgenossenschaft d. Beamten u. Staatsarbeiter
 in Baden n. b. H., Sitz Karlsruhe.

Großer Räumungs-Verkauf
 in
Herren-Anzügen und Schuhwaren
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen!

Wegen Aufgabe und Räumung unseres Lagers in Ia Herren-Konfektion
 (bei guten Stoffen und bester Verarbeitung) sowie guten Herren-, Damen-
 und Kinder-Stiefeln veranstalten wir bei bedeutend herabgesetzten Preisen
 — teilweise bis zu 50% — einen Sonderverkauf.

Herren-Anzüge in der Preislage von **M 180.— bis 800.—**
Herren-Stiefel " " " " **M 100.— " 198.—**
Damen-Stiefel " " " " **M 100.— " 190.—**
Kinder-Stiefel " " " " **M 60.— " 150.—**

Genossenschaftler, gewerkschaftlich organisierte Angestellte,
 Arbeiter und Beamte!

Ist Euch diese äußerst günstige Gelegenheit nicht entgehen, ohne Euren
 Bedarf bei uns zu decken.
 Verkauf täglich von 8-12 und 2-6 Uhr in unserem Lager Karlsruhe,
 Alter Bahnhof, Kriegstraße 7, Eingang von der Bahnhofsseite.
 Mitgliedskarte mitbringen! **3075**

Öffentliche Versteigerung
 gegen Barzahlung:
 Fundfachen vom 4. Vierteljahr 1920 und unan-
 derungliche Güter, darunter
 1 halbr. Epokal, 1 Kren,
 1 Röhre, 1 Nadel, 1 Nage,
 1 Nadel, 2 leere Weinfässer
 (107 u. 190 l), 356,3 Qua-
 dratfuß schwarzes Geb-
 reuz- Leder und 3,5 kg
 Gebreuz- Wollle am
 Mittwoch u. Donnerstag,
 den 16. und 17. März von
 morgens 8 Uhr und nach-
 mittags 2 Uhr beginnend
 in dem Versteigerungs-
 raum Karlsruhe Haupt-
 bahnhof (Eingang Waza-
 bahnhof). Die besonders
 genannten Gegenstände
 werden am 16. März von
 10 Uhr abmittags an
 ausgeben. **613**
 Karlsruhe, 10. März 1921.
 Materialamt der Eisen-
 bahn-Generaldirektion.

Pfannkuch & Co.
**Frische
Eier**
 Stück **1.80**
 Mark
 bei
 10 St. **1.75**
Eierfarben
Pfannkuch & Co.

Fundfachen betr.
 Im Monat Februar 1921 wurden folgende
 Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert:
 1 silberner Ring, 1 Feldstecher, 1 goldene
 Damenuhr in Lederarmband, 1 Ringen, 1
 Kreuz, 1 Ehering, 1 Brosche mit Bild, 1 Eher-
 ring, 1 Armband, 1 Hund (Spiber), 1 zwei-
 räderiger Handwagen, 1 Taschmesser, 1 Ba-
 gerrücken, etwa 50 Bm. Turckmesser, 2
 Kirschschiffen, 1 Damengürtel, 1 Hund (Win-
 scher), 1 Kirschschiffen, 1 Sandtäschchen mit
 Inhalt, 1 Hund (Zagbünd), 1 Brille, 1 Woll-
 bund, 1 Wollspiber, 1 gefreite Krabbenmütze,
 2 einzelne Kinderhandschuhe, 1 Zwicker, 1
 Krage und Vorhemd, 1 schwarzes Kopftuch, 1
 Epagierstod, 1 Zwicker im Futteral, 1 grauer
 Wolfshandschuh, 1 Buch (Frauenberufsfrage), 1
 Eimer, 1 Hund (Kor), 1 Paar grüne Damen-
 handschuhe, 1 Matrosentäschchen, 1 Paar graue
 Handschuhe, 1 Stück schwarz- und weißer
 neuer Stoff, verschiedene Bilder, 1 Strick-
 zeug mit Wollle und Schnabel, 1 weißer Hofen-
 pelztragen, 1 Sandtische mit Taschentuch, 1
 brauner Herrenhandschuh, 1 grauweißer Ha-
 senpelztragen, 1 kleines Messerchen, 1 grüner
 Herrenhut, 1 brauner Stoffbeutel, 1 Brosche,
 beim Nadel mit Stein, Schlüsselbunde und
 Schlüssel, Gelbbeutel mit und ohne Inhalt,
 Varnelb, 25 M., 20 M., 8 M., 2 M., 1 kleines
 schwarzes Mäppchen mit 6 M., 20 M., 5 M., 2 M.,
 31 M., sowie mehrere im Warenhaus Lieh auf-
 gefundene Gegenstände.
 Die Gegenstände können von den Eigen-
 tern oder sonstigen Empfangsberechtigten im
 Zimmer 6 des Bezirksamtsgebäudes abgeholt
 werden. **620**
 Falls sich die Empfangsberechtigten nicht
 rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem
 Fundgegenstand nach Ablauffrist auf den Fin-
 der bezug, die Stadtgemeinde über.
 Karlsruhe, den 4. März 1921.
 Bad. Bezirksamt. — Vollzugsdirektion.

**Außerkerkung der Einkommen-
steuermarken zu 25 Mk.**
 Die im Verkehr befindlichen Einkommen-
 steuermarken zu 25 M. sind durch Verfügung des
 Reichspostministers außer Kurs gesetzt; sie haben
 nur Gültigkeit, soweit sie bis zum 28. Februar
 d. J. in die Steuerarten eingeklebt und ent-
 wertet waren. Nach dem 28. Februar entwertete
 Marken zu 25 M. werden nicht mehr an Ab-
 lungsbüro angenommen. Die noch nicht ver-
 wendeten ersten Steuermarken zu 25 M. sind
 bis zum 31. März gegen Steuermarken anderer
 Werte — nicht in bar — zum Nennwert umzu-
 tauschen. Die näheren Bestimmungen hierüber
 sind durch Schaftausgang in den Bohlen-
 blättern veröffentlicht. **627**
 Karlsruhe, den 12. März 1921.
 Finanzamt.

Samen in sachl. Ludwig Allinger
 Gemüsesorten. In der Mühle, Karl-Viktorsstr. 53, Porsitz 11

**Wo kaufe
Chaielounges**
 ich meine getr. Anzüge,
 Heberliche, Witter,
 Hosen, Wehzeug, Woll-
 nje, bei
M. Schap
 2188 Kaiserstr. 67
 Eing. Bahnhofsstr.
 Metallbetten Stahlbr-
 Kinderbetten, Polster an
 Jedermann, Katalog frei
 über Anstalt Suhl i. Th.
 Sommerproffen,
 Leberlede, Videl, Witter
 Röhre, alle Hautunreinig-
 keiten vertreibt man in
 5 Minut. wie abgewaschen.
 Garantie! M. 6.—, 10.—,
 15.—, 20.—, 30.—, 40.—,
 50.—, 60.—, 70.—, 80.—,
 90.—, 100.— (Hoff.)
Schwerhörigkeit!
 Ohrensäusen
 uestvöl. Gehörstörungen
 Auskunft unsonst.
 Zahlreiche Dankschreiben.
Dr. med. Eisenbach
 München K 47
 Postfach München 13.
**„Nissin“
Kopfläuse**
 gegen
 Nichts anderes nehmen!
 Zu haben in allen Apo-
 theken und Drogerien.

Pfannkuch & Co.
**Evaporierte
ungezuckerte
Vollmilch**
 Dose **7.50**
 Mark
**Dänische
Sahne**
 Flasche **5.50**
 Mark
**Trocken-
milch**
Pfannkuch & Co.